

Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften

Gesellschaftsrecht, Steuerrecht

von

Prof. Dr. Ulrich Prinz, Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann, Roman Bärwaldt, Stephanie Bruhn, Jochen Eberhard, Dr. Johannes Frey, Katja Friedrich, Dr. Carl-Christian Knobbe, Prof. Dr. Ralph Landsittel, Dr. Uwe Lochmann, Dr. Welf Müller, Prof. Dr. Norbert Neu, Ulrich Rieck, Michael Röhrs, Dr. Wolfgang Sauter, Prof. Dr. Joachim Schiffers, Stefan Schmidt, Dr. Arndt Stengel, Dr. Heinrich J. Watermeyer, Thomas Wisniewski

4. Auflage

[Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften – Prinz / Hoffmann / Bärwaldt / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Personengesellschaften, GbR, Partnerschaftsgesellschaft – Wirtschaftsrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64928 8

beck-shop.de

Beck'sches Handbuch
der Personengesellschaften

beck-shop.de

Beck'sches Handbuch der Personengesellschaften

Gesellschaftsrecht – Steuerrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Prinz
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
in Köln

Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
in Freiburg i. Br.

bearbeitet von

Roman Bärwaldt, Rechtsanwalt und Notar in Berlin; *Stephanie Bruhn*, Rechtsanwältin in München; *Jochen Eberhard*, Steuerberater und Rechtsanwalt in Bonn; *Dr. Johannes Frey*, LL.M., Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Katja Friedrich*, Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin in Frankfurt a. M.;

Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Freiburg i. Br.; *Dr. Carl-Christian Knobbe*, Richter am FG Köln; *Prof. Dr. Ralph Landsittel*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Erbrecht in Mannheim; *Dr. Uwe Lochmann*, Steuerberater in Bonn; *Dr. Wulf Müller*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Frankfurt a. M.; *Prof.*

Dr. Norbert Neu, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Bonn; *Prof. Dr. Ulrich Prinz*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Köln; *Ulrich Rieck*, Steuerberater in Bonn; *Michael Röhrs*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Soltau; *Dr. Wolfgang Sauter*, Rechtsanwalt und vereid. Buchprüfer in Freiburg i. Br.; *Prof. Dr. Joachim Schiffers*, Steuerberater in Aachen; *Stefan Schmid*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Frankfurt a. M.; *Dr. Arndt Stengel*, Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.; *Dr. Heinrich J. Watermeyer*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Bonn; *Thomas Wisniewski*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht in Berlin

4. Auflage



Verlag C. H. Beck München 2014

Zitierweise: Beck PersGes-HB/Autor § 1 Rz. 1

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64928 8

© 2014 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz: ottomedien, Darmstadt
Druck: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Das Beck'sche Handbuch der Personengesellschaften liegt nach ca. 4 Jahren nun in 4. Auflage vor. Der Bearbeitungsstand ist durchweg September/Oktober 2013. Tradition des Handbuchs in der Beck'schen Reihe, höchste Aktualität bei Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen unter Einbeziehung der neuesten Entwicklungen und Gestaltungstrends im Personengesellschaftsbereich – all dies gilt es bei einer Neuauflage zu berücksichtigen. Auch wenn die „BigBangs“ in der Gesetzgebung bei Personengesellschaften in den vergangenen vier Jahren nicht zu erkennen sind, waren die verschiedenen Akteure – Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung und Praxis – äußerst fleißig und detailverliebt tätig. Da der Einsatzbereich von Personengesellschaften sehr breit ist und von der gewerblich tätigen „Bauchladen-GbR“ bis zum Weltkonzern mit einer Personengesellschaft als Holdingspitze reicht, haben fast alle Gesetzgebungsakte der letzten Jahre auch eine Personengesellschafts-Relevanz. So wurden in den entsprechenden Sachteilen bspw. berücksichtigt: Das handelsrechtliche MicroBilG vom 20.12.2012, das die Rechnungslegung kleinster haftungsbeschränkter Personenhandelsgesellschaften betrifft, die vom 20.2.2013 stammende Kleine Organschaftsreform mit erheblicher Praxisbedeutung für Personengesellschaften als Organträger, das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz vom 26.6.2013 mit wichtigen personengesellschaftsbezogenen Rechtsänderungen bei § 1 AStG, § 50d Abs. 10 sowie § 50i EStG und schließlich das gerade „frisch“ verabschiedete Partnerschaftsgesellschaftsgesetz mit beschränkter Berufshaftung vom 15.7.2013. Die „Verfassungswirren“ im Erbschafts- und Schenkungsteuerrecht haben zu besonderen Herausforderungen geführt. Auch hier haben wir uns im Bereich der Erbfolgethemen um höchste Aktualität bemüht.

Um keine „Jahresringe“ anzusetzen, haben Herausgeber, Autoren und Verlag einige Kapitel neu „designt“ (etwa den Unternehmenskauf/Unternehmensverkauf unter Einbeziehung von Personengesellschaften), einige ganz neue Teile sind zum Handbuch hinzugekommen. Zu nennen sind insbesondere:

- Die „Finanzierung von Personengesellschaften“ wird in einem neuen Querschnittskapitel intensiver als bislang behandelt. Ange- sprochen werden dort bspw. die hoch aktuellen Fragen der Zins- schrankenanwendung bei Personengesellschaften sowie den gestal- terischen Einsatz von Personengesellschaften für Finanzierungszwecke.
- Für die „Immobilien-Personengesellschaft“ als Typus hat sich in der Praxis ein eigener Markt entwickelt. Die einschlägigen immobilien- bezogenen Spezialfragen der Personengesellschaft nationaler und internationaler Art werden deshalb in einem eigenen Kapitel behan- delt.
- Besonderheiten von Verlusten bei Personengesellschaften, die über Steuerstundungsmodelle hinaus aufgrund wirtschaftlicher Krisensitu-

ationen oder wegen gesetzgeberischer Missbrauchsvermutungen weit in die allgemeine Personengesellschaftswelt hineinragen, werden in einem separaten Kapitel geschlossen bearbeitet. Neben dem Klassiker des § 15a EStG sind dort bspw. Detailfragen des § 10a GewStG sowie der Grundsatz der Unternehmens- und Unternehmeridentität erörtert. Auch finden sich Hinweise zu Verlustabzugsbeschränkungen bei bestimmten stillen Gesellschaften und Unterbeteiligungen.

- Für die „Freiberufler-Personengesellschaft“ wurde ein neues Kapitel „aufgemacht“, um den Besonderheiten freiberuflicher Zusammenarbeit in Personengesellschaften Rechnung zu tragen. Der Grundlagenteil „Gewinnermittlung und Besteuerung“ konnte dadurch entlastet werden, was Raum für vertiefte Darstellungen geschaffen hat.

Nicht nur inhaltlich, sondern auch im „Personellen“ haben sich in der 4. Auflage Veränderungen ergeben. Welf Müller, der neben Wolf-Dieter Hoffmann das Handbuch seit der 1. Auflage mit herausgegeben hat, hat seine „Funktion“ auf Ulrich Prinz übertragen. Da beide eine jahrzehntelange berufliche Nähe verbindet, ist insoweit für Kontinuität gesorgt. Welf Müller gilt unser aller besonderer Dank. Er bleibt als Autor dem Handbuch – und dies ist ein Glückssfall – auch in der 4. Auflage verbunden. Ansonsten gibt es nur wenige personelle „Ein- und Ausritte“. Allen ausgeschiedenen und neuen Kollegen danken wir sehr herzlich für die Mühen und das sie diese neben der Tagesbelastung auf sich genommen haben. Dank sagen möchten wir schließlich auch dem Verlag und besonders Frau Gabriele Wichmann-Woge, die das Werk in bewährter Form stets mit Optimismus und großer Wärme durch den mitunter etwas mühsamen Erstellungsprozess begleitet hat. Wir hoffen sehr, dass auch die 4. Auflage gut in der Personengesellschafts-Community aufgenommen wird.

Köln/Freiburg i.Br. im November 2013

*Ulrich Prinz/
Wolf-Dieter Hoffmann*

Vorwort zur 1. Auflage

Im Wirtschaftsleben erfolgt die Gründung einer Gesellschaft zur Bündelung der Interessen zweier oder mehr Rechtspersonen. In Form der *Personengesellschaft* stellt unser Recht hierfür ein ausgesprochen flexibles, d.h. gestaltungsfähiges und gestaltungsoffenes Instrumentarium zur Verfügung. Der Kontrast zur Kapitalgesellschaft und deren Förmlichkeiten ist bemerkenswert. Steuerlich ist die Personengesellschaft wegen ihrer Transparenz ein unentbehrliches Gestaltungsmittel.

Die Anpassungsfähigkeit (Flexibilität) der Personengesellschaft kommt in allen Beiträgen dieses Werkes zum Ausdruck:

- Eine Personengesellschaft kann ohne „harte“ Rechtsakte entstehen, ja sogar häufig unbemerkt oder jedenfalls unbeabsichtigt, und ebenso wieder beendet werden (§ 2 – *Gründung und Beitritt* und § 11 – *Auflösung und Liquidation*).
- Eine Personengesellschaft kann natürliche oder juristische Personen Gesellschafter werden lassen (§ 4 – *Gesellschafter*) und sich auch außerhalb nationaler Grenzen bewegen (§ 15 – *Personengesellschaft mit Auslandsbezug*).
- Eine Personengesellschaft kann sich in der Einperson-GmbH & Co. KG begrifflich selbst konterkarieren und den persönlichen Haftungsausschluß für die Gesellschafter genauso bewirken wie eine Kapitalgesellschaft (§ 12 – *GmbH & Co. KG*).
- Eine Personengesellschaft kann Hunderte von Personen als Gesellschafter aufnehmen und sich so der Struktur einer Publikumsaktiengesellschaft funktional annähern (§ 16 – *Publikumspersonengesellschaft*).
- Eine Personengesellschaft kann sich selbst nach außen verbergen (§ 13 – *Stille Gesellschaft*).
- Das Mitglied einer Personengesellschaft kann seine Mitgliedschaft an Nichtgesellschafter weitergeben (§ 14 – *Unterbeteiligung*).
- Eine Personengesellschaft kann die rechtliche Trennung eines einzigen wirtschaftlichen Organismus bewerkstelligen (§ 22 – *Betriebsaufspaltung*).
- Eine Personengesellschaft steht für grundlegende unternehmerische Strategien zur Verfügung
 - im *Konzern* (§ 24),
 - im Rahmen eines *Joint Venture* (§ 21),
 - als *Arbeitsgemeinschaft* (§ 17),
 - bei der *Umwandlung* (§ 9).
- Die Personengesellschaft hat Besonderheiten in wichtigen Bereichen des Wirtschaftslebens
 - bei der *Rechnungslegung* (§ 5),
 - bei der steuerlichen *Gewinnermittlung* (§ 6),
 - beim *Unternehmenskauf* (§ 23),
 - in der *Krise* (§ 10).

- Und schließlich ist die Personengesellschaft eine unverzichtbare Begleiterin wichtiger Abschnitte des Menschenlebens (*§ 8 – Erbfolge, Schenkung, Güterstandsregelungen*).

Flexibilität oder Anpassungsfähigkeit bedeuten auch „lebensnah“. Aus Sicht des Beraters erschließt sich daraus unmittelbar die Heranziehung der Personengesellschaft als *Gestaltungsinstrument*. Unser Handbuch will deshalb zu allererst dem einschlägig tätigen Berater das rechtliche und wirtschaftliche Gestaltungspotential der Personengesellschaft erschließen. Dies kann nicht ohne das Steuerrecht geschehen. Dem Berater kann das gewünschte gestalterische Handwerkszeug letztlich also nur durch eine *integrierte Darstellung von Gesellschafts- und Steuerrecht* geliefert werden. Diesem Anliegen haben wir bei der Auswahl des Stoffes und bei der Gewinnung der Mitautoren besondere Bedeutung beigemessen, und daraus erschließt sich auch der wesentliche Gehalt des einleitenden Kapitels (*§ 1 – Rechtsformwahl*).

Unser weiteres Anliegen war, daß unsere Mitstreiter aus dem Blickwinkel ihrer täglichen Arbeit heraus ihre Gedanken zu Papier bringen. So kann am ehesten „*vom Berater zum Berater*“ der Funke überspringen.

Inwieweit und wie gut die Gesamtkonzeption realisiert worden ist, müssen unsere Leser entscheiden; ihre Verbesserungsvorschläge sind uns willkommen.

Wir haben an dieser Stelle unseren Mitautoren Dank und Anerkennung auszusprechen. Ohne das Opfer freier Wochenenden und/oder des Urlaubs kann kein einschlägiger Beitrag gelingen. Hinzu kommt, daß die Schnellebigkeit der Rechtsentwicklung – insbesondere des Steuerrechts – es heutzutage geradezu zur Regel macht, mühsam erarbeitete Teilebereiche von Manuskripten von heute auf morgen der Makulatur anzuhören. Dies haben wir besonders in den letzten Monaten der Fertigstellung unseres Handbuchs durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 erfahren müssen. Um so mehr verdient es unsere Anerkennung, daß es allen Autoren gelungen ist, innerhalb kürzester Frist die ab 1. April 1999 gültige Gesetzes situation in das Werk einzuarbeiten.

Natürlich sind auch Redaktion und Verlag von der Gesetzgebungshektik nicht verschont worden. Unser Dank gilt deshalb weiter den Lektoren des Beck-Verlages, Frau Gabriele Wichmann-Woge und Herrn Albert Buchholz, für die permanente psychologische Aufmunterung der Autorenschaft – selbstverständlich auch für das nervenaufreibende Klein-Klein einschlägiger Redaktionsarbeit.

Unser Werk begleitet das zeitgleich in zweiter Auflage erscheinende *Beck'sche Handbuch der GmbH*. Wir hoffen auf eine wohlwollende Aufnahme im Leserkreis.

Im Mai 1999

Welf Müller
Wolf-Dieter Hoffmann

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	LVII
§ 1 Rechtsformwahl (<i>Schiffers</i>)	1
1. Abschnitt. Gesellschaft Bürgerlichen Rechts; Offene Handelsgesellschaft; Kommanditgesellschaft	
§ 2 Gründung und Beitritt (<i>Sauter</i>)	75
§ 3 Organisationsrecht (<i>Stengel</i>)	143
§ 4 Gesellschafter (<i>W. Müller</i>)	275
§ 5 Handelsrechtliche Rechnungslegung (<i>Hoffmann</i>)	397
§ 6 Gewinnermittlung und Besteuerung (<i>Friedrich</i>)	473
§ 7 Finanzierung von Personengesellschaften (<i>Prinz</i>)	553
§ 8 Ausscheiden (<i>Sauter</i>)	595
§ 9 Erbfolge, Schenkung, Güterstandsregelungen (<i>Landsittel</i>)	673
§ 10 Umwandlungen (<i>Bärwaldt/Wisniewski</i>)	791
§ 11 Die Personengesellschaft in Krise, Sanierung und Insolvenz (<i>Eberhard</i>)	953
§ 12 Auflösung und Liquidation (<i>Eberhard</i>)	1047
2. Abschnitt. Sonderformen der Personengesellschaften	
§ 13 GmbH & Co. KG (<i>Watermeyer</i>)	1085
§ 14 Stille Gesellschaft (<i>Neu</i>)	1149
§ 15 Unterbeteiligung (<i>Bärwaldt</i>)	1197
§ 16 Familienpersonengesellschaft (<i>Stengel</i>)	1227
§ 17 Publikumspersonengesellschaften und Fonds (<i>Watermeyer/Knobbe</i>)	1257
§ 18 Immobilienpersonengesellschaften (<i>Schmidt</i>)	1313
§ 19 Arbeitsgemeinschaft (ARGE) (<i>Bärwaldt</i>)	1341
§ 20 Freiberufliche Personengesellschaften (<i>Lochmann</i>)	1383
§ 21 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) (<i>Bärwaldt</i>)	1481
§ 22 Pool/Konsortium (<i>Bärwaldt</i>)	1511
§ 23 Joint Ventures (<i>Stengel</i>)	1547
3. Abschnitt. Die Personengesellschaften als Gestaltungsmöglichkeiten	
§ 24 Betriebsaufspaltung (<i>Rieck</i>)	1581
§ 25 Besonderheiten von Verlusten bei Personengesellschaften (<i>Watermeyer</i>)	1645
§ 26 Unternehmenskauf/Unternehmensverkauf (<i>Frey/Bruhn</i>)	1681
§ 27 Personengesellschaft im Konzern (<i>Röhrs</i>)	1725
§ 28 Personengesellschaften im internationalen Gesellschaftsrecht (<i>Eberhard</i>)	1771
§ 29 Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht (<i>Neu</i>)	1823
Stichwortverzeichnis	1907

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Rechtsformwahl

A. Bedeutung der Personengesellschaft als Rechtsform	3
1. Begriff und Arten der Personengesellschaften	3
a) Allgemeines	3
b) Rechtsquellen	4
c) Charakteristiken der Personengesellschaftsgrundtypen	4
2. Flexibilität als kennzeichnendes Merkmal der Personengesellschaften	6
3. Strukturelle Unterschiede zur Kapitalgesellschaft	8
a) Gesellschaftsrechtliche Aspekte	8
b) Steuerliche Aspekte	8
4. Personengesellschaften als wirtschaftliches Gestaltungsinstrument	10
a) Alternative zur GmbH bei mittelständischen Unternehmen	11
b) Arbeitsgemeinschaften, Joint Ventures	11
c) GmbH & Co. KG	12
d) Publumsgesellschaft	13
e) Stille Gesellschaft	13
f) Personengesellschaft als Instrument zur Ausgliederung betrieblicher Funktionen	15
B. Anlässe, Kriterien und Methoden der Rechtsformwahl	16
1. Anlässe und Dimensionen der Rechtsformwahlauscheidung	16
a) Anlässe der Rechtsformwahl	16
b) Dimensionen der Entscheidungssituation: Rechtsformwahl und Rechtsformoptimierung	17
c) Zusammenfassendes Schaubild	18
2. Entscheidungskriterien für die Rechtsformwahl	18
a) Rechtsgestaltung	19
b) Leitung und Überwachung	20
c) Finanzierung	20
d) Besteuerung	21
e) Mitbestimmung	21
f) Rechnungslegung und Jahresabschlusspublizität	22
g) Kooperationsfähigkeit	23
h) Sicherung des Unternehmensbestandes	24
i) Rechtsformspezifischer Aufwand	25
j) Flexibilität	26
k) Sonstige Kriterien	27
3. Entscheidungsverfahren bei der Rechtsformwahl	28
a) Zusammenstellung und Klassifizierung der Entscheidungskriterien	28
b) Bewertung der Alternativen	29
4. Strukturierung des Rechtsformwahl-Entscheidungsprozesses	30
a) Checkliste zum Ablauf der Rechtsformwahl	30
b) Problemstellungs- und Suchphase	31
c) Beurteilungs- und Entscheidungsphase	32
d) Realisations- und Kontrollphase	33
C. Einfluss der Steuerbelastung auf die Rechtsformwahl	33
1. Grundprinzipien der steuerlichen Rechtsformsuche	33

a) Rechtsformabhängigkeit des Unternehmenssteuerrechts als Ausgangspunkt steuerlicher Rechtsformgestaltungen	33
b) Stellenwert der Steuerbelastung bei der Rechtsformwahl	34
c) Ziele und Prämissen von Steuerbelastungsvergleichen	36
d) Übersicht über die wesentlichen Aspekte der steuerlichen Rechtsformwahl	37
2. Steuerbelastungsziffern der laufenden Steuerbelastung	38
a) Nichtgewerbliche Personenunternehmen	38
aa) Spitzenbelastung im Grundfall	38
bb) Spitzenbelastung bei Antragstellung nach § 34a EStG	38
b) Gewerbliche Personenunternehmen	41
aa) Spitzenbelastung im Grundfall	41
bb) Wirkung des progressiven ESt-Tarifs	41
cc) Bedeutung der GewSt	43
dd) Spitzenbelastung bei Antragstellung nach § 34a EStG	45
c) Kapitalgesellschaften	48
aa) Laufende Steuerbelastung im Grundfall	48
bb) Bedeutung von Leistungsvergütungen	49
cc) Belastung im Ausschüttungsfall	50
d) Einfache Gegenüberstellung der Steuerbelastungsziffern	51
aa) Belastungsziffern bei Gewinntransfer auf die Gesellschafterebene	52
bb) Belastungsziffern bei Gewinnthesaurierung	52
cc) Belastungsspreizung zwischen Entnahme/Ausschüttung und Thesaurierung	53
3. Weitere Aspekte der laufenden Ertragsteuerbelastung	54
a) Steuerfreie Erträge	54
b) Refinanzierungsaufwendungen	54
c) Steuerrisiko Anrechnungsüberhänge	55
d) Steuerrisiko Nachversteuerung nach § 34a EStG	56
e) Kein Steuerrisiko durch verdeckte Gewinnausschüttungen	57
f) Verlustverrechnung	58
4. Zusammenfassende Übersicht zu den rechtsformbedingten Belastungsunterschieden bei der laufenden Besteuerung	60
5. Modellfälle zur laufenden Steuerbelastung	61
a) Kleinunternehmen	61
b) Mittelständisches Unternehmen	62
c) Größeres mittelständisches Unternehmen	66
6. Rechtsformbedingte Belastungsunterschiede bei aperiodischen Sachverhalten	67
a) Überblick	67
b) Hohe steuerliche Flexibilität der Personenunternehmen	68
c) Besteuerung von Anteilsübertragungen	70
d) Unentgeltliche Übertragungen	72

§ 2 Gründung und Beitritt

A. Grundsätze für alle Personengesellschaften	77
I. Rechtsnatur der Gesellschaft, Abschluss eines Gesellschaftsvertrages	80
1. Rechtsnatur	80
2. Abschluss eines Gesellschaftsvertrages	80
a) Vertragserklärungen	80
b) Gemeinsamer Zweck	81
c) Förmlicher (ausdrücklicher) und stillschweigender Abschluss	82

d) Gesellschaft ohne Vertrag, faktische Gesellschaft und Scheingesellschaft	85
II. Inhalt des Gesellschaftsvertrages und Änderungen	87
1. Zwingender Inhalt	87
a) Gemeinsamer Zweck	87
b) Förderungspflicht	88
c) Zwingende Merkmale bei bestimmten Rechtsformen	89
2. Fakultativer Inhalt	89
3. Schranken der Vertragsgestaltung	92
a) Zwingende Vorschriften des allgemeinen Zivilrechts	92
b) Zwingende Vorschriften des Wirtschaftsrechts	93
c) Zwingende gesellschaftsrechtliche Vorschriften	93
d) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Gesellschaftsrechts	94
e) Teilunwirksamkeit	95
4. Vertragsänderung	96
a) Mehrheitserfordernisse	96
b) Form der Vertragsänderung, konkludente Änderungen	98
5. Auslegung	99
III. Formerfordernisse beim Abschluss oder der Änderung des Gesellschaftsvertrages	102
1. Formvorschriften nach allgemeinem Zivilrecht	102
a) Grundstücksgeschäfte	102
aa) Formlose Einbringung von Grundstücken	104
bb) Grundstücksverwaltende Gesellschaften	104
cc) Übertragung von Anteilen an Grundstücksgesellschaften	106
b) Sonstige Formvorschriften	106
2. Gesellschaftsrechtlich begründete Formerfordernisse bei bestimmten Gesellschaftsformen	108
IV. Genehmigungserfordernisse	109
1. Gewerbe- und berufsrechtliche Erfordernisse	109
2. Zivilrechtliche Genehmigungserfordernisse	110
a) Minderjährige Gesellschafter (Genehmigung zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes)	110
b) Zugewinngemeinschaft	112
V. Entstehung der Personengesellschaft	112
1. Entstehung bei der BGB-Gesellschaft	113
2. Entstehung bei den Personenhandelsgesellschaften	113
VI. Mängel des Gesellschaftsvertrages – die fehlerhafte Gesellschaft	114
1. Begriff der fehlerhaften Gesellschaft, Anwendungsbereich	115
a) Begriff	115
b) Anwendungsbereich (Innen- und Außengesellschaft)	115
2. Voraussetzungen: Vertragsmängel, Vollzug, höherwertige Interessen	116
a) Vertragsmängel	116
b) Vollzug des Vertrages	116
c) Höherwertige Interessen	117
3. Rechtsfolgen der fehlerhaften Gesellschaft	118
4. Fehlerhafte Vertragsänderungen und verwandte Rechtsakte	119
B. Besonderheiten bei bestimmten Gesellschaftsformen	120
I. Eintragung im Register, elektronische Führung	120
1. Anmeldung als Grundlage der Eintragung	121
a) Bedeutung der Anmeldung	121
b) Gegenstand und Inhalt der Anmeldung	121
2. Die Eintragung und Bekanntmachung und ihre Wirkung	122

II.	Firma	123
1.	Bildung der Firma der Personengesellschaft	124
2.	Fortbestand der Firma bei Namensänderung und Gesellschafterwechsel	124
3.	Fortführung der Firma bei Erwerbsvorgängen, abgeleitete Firma	125
4.	Unterscheidbarkeit, Verwechslungsgefahr	125
III.	Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	126
C.	Sonderfall der Gründung: Eintritt in das Geschäft eines Einzelkaufmannes	128
I.	Handels- und gesellschaftsrechtliche Fragen	129
1.	Haftung für Altschulden und Übergang der Altforderungen	129
2.	Gesellschaftsrechtliche Qualifikation	129
3.	Einlagen, Ausgleich unterschiedlicher Werte	130
II.	Steuerliche Fragen	131
1.	Einbringung zum Buchwert mit privatem Ausgleich an den Einbringenden	132
2.	Einbringung zum Buchwert mit Aufzahlung an die Gesellschaft	132
3.	Einbringung zum gemeinen Wert mit Leistung der Einlage an die Gesellschaft	133
4.	Einbringung zum gemeinen Wert mit Zuzahlung an den Einbringenden	134
5.	Ausgleich durch Einräumung eines höheren Gewinnanteils	134
6.	Sondersituation: Einbringung mit negativem Kapital	135
7.	Einbringung ohne Ausgleichszahlung: unentgeltliche Aufnahme	136
8.	Die Begünstigung des Einbringungsgewinns nach den §§ 16, 34 EStG	136
9.	Sonderfall: Miteinbringung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	138
D.	Der Beitritt zu einer bestehenden Gesellschaft	138
I.	Gesellschaftsrechtliche Fragen	138
1.	Voraussetzungen	138
2.	Folgen des Beitritts	139
II.	Steuerliche Folgen	140
E.	Steuerliche Folgen der Gründung	141
I.	Die Personengesellschaft als Steuerschuldner	141
II.	Steuerliche Pflichten	142
1.	Anzeigepflichten	142
2.	Buchführungspflichten	142

§ 3 Organisationsrecht

A.	Grundprinzipien	148
I.	Trennung von Innen- und Außenrecht	148
II.	Vertragsfreiheit	148
III.	Grenzen der Vertragsfreiheit	148
1.	Zwingende Vorschriften des Privatrechts	149
2.	Außenverhältnis	149
a)	Vertretung	149
b)	Haftung	150
3.	Innenverhältnis	150
a)	Minderheitschutz	151
b)	Abspaltungsverbot	152
c)	Grundsatz der Selbstorganschaft	152

4. Gerichtliche Inhaltskontrolle	153
5. Deutscher Corporate Governance Kodex	153
B. Geschäftsführung	154
I. Begriff und Inhalt der Geschäftsführung	154
II. Ausübungsformen der Geschäftsführung	156
1. Einleitung	156
2. Einzelgeschäftsführung aller oder mehrerer Gesellschafter	157
3. Gesamtgeschäftsführung	157
a) Einstimmigkeitsprinzip	158
aa) Grundsatz	158
bb) Grenzen des Zustimmungsrechts	159
b) Mehrheitsprinzip	162
4. Gemischte Einzel- und Gesamtgeschäftsführung	162
5. Mitwirkung Dritter	163
a) Abspaltungsverbot	163
b) Selbstorganschaft	164
c) Ausnahmen	164
d) Delegation	166
III. Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	167
1. Gesetzliche Regelungen	167
a) BGB-Gesellschaft	167
b) OHG und KG	168
aa) Gewöhnliche Geschäfte	168
bb) Außergewöhnliche Geschäfte	168
cc) Prokuraerteilung und -widerruf	169
2. Abweichende Vereinbarungen	170
IV. Einzelgeschäftsführungsbefugnisse jedes Gesellschafters	172
1. Notgeschäftsführung	172
2. Einzelklagebefugnis nach § 432 BGB	173
3. Actio pro socio	174
a) Einleitung	174
b) Voraussetzungen	174
c) Verfügungsbeauftragung	176
d) Abdingbarkeit	177
e) Verhältnis zur Gesellschaftsklage	177
V. Widerspruchsrecht	178
1. Grundsatz	178
2. Ausübung	178
3. Grenzen	179
4. Wirkungen	180
a) Berechtigter Widerspruch	180
b) Unberechtigter Widerspruch	181
5. Abweichende Vereinbarungen	181
VI. Vergütung und Aufwendungsersatz	182
1. Vergütung	182
a) Vertragliche Vereinbarung	182
b) Inhaltliche Gestaltung	184
c) Pflichtverletzungen	184
d) Schadensersatzansprüche gegen Dritte	185
e) Auswirkungen auf die Kommanditistenhaftung	186
2. Aufwendungsersatz	187
a) BGB-Gesellschaft	187
b) OHG und KG	189

aa) Ersatzberechtigte	189
bb) Aufwendungsersatz	190
cc) Verlustersatz	190
dd) Inhalt des Anspruchs	192
c) Abweichende Vereinbarungen	192
VII. Überschreitung der Geschäftsführungsbefugnis	192
1. Unterlassungsanspruch	193
a) Inhaltlich pflichtwidrige Maßnahme	193
b) Kompetenzwidrige Maßnahme	194
2. Schadensersatz	194
VIII. Aufhebung der Geschäftsführungsbefugnis	196
1. Entziehung	196
a) Anwendungsbereich	196
aa) BGB-Gesellschaft	196
bb) OHG und KG	197
b) Wichtiger Grund	197
c) Verfahren	198
aa) BGB-Gesellschaft	198
bb) OHG und KG	199
d) Wirkungen	201
aa) BGB-Gesellschaft	201
bb) OHG und KG	202
e) Abweichende Vereinbarungen	203
aa) Erleichterungen	203
bb) Erschwerungen	204
cc) Schiedsverfahren	204
2. Kündigung der Geschäftsführung	205
a) Gesetzliche Regelung	205
b) Vertragliche Vereinbarungen	206
IX. Haftung	207
1. Anspruchsgrundlage	207
2. Haftungsmaßstab der eigenüblichen Sorgfalt	208
3. Geltendmachung und Beweislast	209
4. Entlastung	210
5. Abweichende Vereinbarungen	211
C. Vertretung	211
I. Begriff	211
1. Abgrenzung zur Geschäftsführung	211
2. Vertretung der BGB-Gesellschaft	212
3. Natur der Vertretungsmacht	213
II. Ausübungsformen der Vertretung	214
1. Gesetzliche Vertretungsregelungen	214
a) BGB-Gesellschaft	214
b) OHG und KG	215
2. Einzelvertretung aller oder einzelner Gesellschafter und Widerspruchsrecht	216
a) BGB-Gesellschaft	216
b) OHG und KG	216
3. Gesamtvertretung	217
a) Formen der Gesamtvertretung	217
aa) Allgemein	217
bb) Insbesondere: gemischte (unechte) Gesamtvertretung	218
b) Gemeinschaftliches Handeln	219

c) Ermächtigung einzelner Gesellschafter	220
d) Genehmigung	221
e) Empfang von Willenserklärungen und Wissenszurechnung	222
f) Eintragung ins Handelsregister	223
4. Dritte als Vertreter	225
a) Abspaltungsverbot und Selbstorganschaft	225
b) Ausnahmen	226
c) Delegation	227
III. Umfang der Vertretungsmacht	228
1. Gesetzliche Regelungen	228
a) BGB-Gesellschaft	228
b) OHG und KG	229
2. Beschränkungen der Vertretungsmacht	229
a) BGB-Gesellschaft	229
b) OHG und KG	230
3. Grenzen der Vertretungsmacht	231
4. Selbstkontrahierungsverbot	231
5. Überschreitung der Vertretungsmacht und Rechtsscheinhaftung	232
6. Missbrauch der Vertretungsmacht	232
IV. Aufhebung der Vertretungsmacht	233
1. Entziehung der Vertretungsmacht	233
a) Anwendungsbereich	234
aa) BGB-Gesellschaft	234
bb) OHG und KG	234
b) Wichtiger Grund	235
c) Verfahren	236
aa) BGB-Gesellschaft	236
bb) OHG und KG	236
d) Wirkungen	236
aa) BGB-Gesellschaft	236
bb) OHG und KG	236
e) Abweichende Vereinbarungen	237
aa) Erleichterung	237
bb) Erschwerung	237
2. Niederlegung	238
a) BGB-Gesellschaft	238
b) OHG und KG	238
V. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht	238
1. Prokura	239
a) Erteilung	239
b) Umfang	239
c) Widerruf und Erlöschen	241
d) Handelsregistereintragung	241
2. Handlungsvollmacht	242
a) Erteilung	242
b) Umfang	243
c) Widerruf und Erlöschen	243
d) Handelsregistereintragung	243
3. Generalvollmacht	243
a) Erteilung	243
b) Umfang	244
c) Widerruf und Erlöschen	244
d) Handelsregistereintragung	245

Inhaltsverzeichnis

D. Gesellschafterbeschlüsse	245
I. Einführung	245
1. Rechtsnatur	245
2. Beschlussgegenstände	246
a) Grundlagengeschäfte	246
b) Geschäftsführungsmaßnahmen	247
c) Sonstige gemeinsame Gesellschaftsangelegenheiten	247
3. Mitwirkende Gesellschafter	248
II. Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses	248
1. Änderungen des Gesellschaftsvertrages	248
a) Aufnahme eines neuen Gesellschafters	248
b) Einräumung einer Treuhänderstellung	249
c) Gesellschafterausschuss	249
aa) BGB-Gesellschaft	249
bb) OHG und KG	250
d) Entziehung der Geschäftsführungs- und/oder Vertretungsbefugnis	251
aa) BGB-Gesellschaft	251
bb) OHG und KG	251
e) Erhöhung der Beiträge	251
2. Auflösung/Liquidation der Gesellschaft	252
a) Auflösungsbeschluss	252
b) Maßnahmen in und nach der Liquidation	252
c) Fortsetzungsbeschluss	253
3. Sonstige Grundlagenentscheidungen	254
a) Feststellung des Jahresabschlusses	254
b) Veräußerung des Handelsgeschäfts	254
c) Gewinnverwendung	255
d) Umwandlung der Gesellschaft	255
e) Konzernbildung	256
aa) Gesellschaft wird abhängiges Unternehmen iSv. § 17 Abs. 1 AktG	256
bb) Gesellschaft wird herrschendes Unternehmen iSv. § 17 Abs. 1 AktG	257
cc) Abschluss eines Unternehmensvertrages	257
4. Geschäftsführungsmaßnahmen	257
a) Gesamtgeschäftsführung	257
b) Einzelgeschäftsführung	257
III. Gesellschafterversammlung	258
1. Grundsatz	258
2. Einberufung und Ladung	258
3. Teilnahmerecht	259
4. Ablauf	259
IV. Beschlussfassung	260
1. Einstimmigkeitsprinzip	260
2. Mehrheitsprinzip und Grenzen der Mehrheitsmacht (Inhaltskontrolle)	260
a) Bindung an Gesetz und gute Sitten	261
b) Treuepflicht	261
c) Gleichbehandlungsgrundsatz	262
d) Kernbereichslehre	262
e) Bestimmtheitsgrundsatz	263
f) Berechnung der Mehrheit	263

§ 4 Gesellschafter

3.	Form	263
4.	Beschlussmängel	264
a)	Grundlagen	264
b)	Fehlergründe und -folgen	264
aa)	Einzelne Stimmabgabe	264
bb)	Gesellschafterbeschluss	265
c)	Geltendmachung	266
V.	Stimmrecht	267
1.	Einführung	267
2.	Stimmpflichten	267
a)	Mitwirkungspflicht	267
b)	Zustimmungs-/Ablehnungspflicht	267
c)	Geltendmachung	268
3.	Stimmbindungsverträge	268
a)	Grundsatz	268
b)	Vertragspartner des Gesellschafters	269
c)	Wirkungen und Durchsetzbarkeit	269
4.	Gesetzlicher Stimmrechtsausschluss	270
a)	Ausdrücklich geregelte Fälle	270
b)	Analogie zu den körperschaftlichen Ausschlussgründen	270
c)	Sonstige Interessenkonflikte	271
5.	Stimmrechtsausschluss oder –einschränkung durch Gesellschaftsvertrag	271
a)	Zulässigkeit	271
b)	Schranken	272
6.	Mehrstimmrechte	272
7.	Mitwirkung Dritter	273
a)	Eigenes Stimmrecht	273
b)	Vertretung bei der Stimmabgabe	273
aa)	Zulässigkeit	273
bb)	Vertreterklauseln	273
c)	Treuhand	274
 § 4 Gesellschafter		
I.	Der Gesellschafter	278
1.	Arten von Gesellschaftern	279
a)	Natürliche Personen	279
b)	Juristische Personen	281
c)	Gesamthandgemeinschaften	282
2.	Gesellschafterzahl	284
3.	Kaufmannseigenschaft	285
4.	Mitunternehmerschaft	286
a)	Transparenzprinzip	286
b)	Gewerbliche Tätigkeit	287
c)	Mitunternehmer	287
aa)	Begriff	287
bb)	Mitunternehmerinitiative	288
cc)	Mitunternehmerrisiko	288
dd)	Gewinnerzielungsabsicht	288
ee)	Verdeckte Mitunternehmerschaft	288
ff)	Gesellschaftsverhältnis	288
gg)	Familienpersonengesellschaften	289
5.	Sonderfälle	291

Inhaltsverzeichnis

a)	Treuhand	291
aa)	Grundlagen	291
bb)	Begründung	292
cc)	Rechtsstellung des Treuhänders	293
dd)	Rechtsstellung des Treugebers	294
ee)	Beendigung des Treuhandverhältnisses	295
b)	Nießbrauch	295
aa)	Grundlagen	295
bb)	Begründung des Nießbrauchs	296
cc)	Vermögensrechte	296
dd)	Verwaltungsrechte	297
ee)	Steuerliche Behandlung	298
c)	Testamentsvollstreckung	299
aa)	Allgemeines	299
bb)	Kommanditanteil	299
cc)	Anteil eines persönlich haftenden Gesellschafters	301
dd)	Ersatzlösungen	301
ee)	Steuerliche Pflichten	301
II.	Die Mitgliedschaft	302
1.	Begriff und Rechtsnatur	302
2.	Keine Mehrfachmitgliedschaft	302
3.	Mitgliedschaftliche Rechtsverhältnisse	303
a)	Rechtsverhältnisse der Gesellschafter untereinander	303
b)	Rechtsverhältnisse zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern	304
c)	Drittgeschäfte	305
d)	Steuerliche Behandlung von Gesellschaftergeschäften	306
aa)	Drittgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	306
bb)	Vergütungen für Tätigkeiten im Dienste der Gesellschaft	307
cc)	Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	307
4.	Verwaltungs- und Vermögensrechte	308
a)	Verwaltungsrechte	308
b)	Vermögensrechte	309
5.	Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	310
a)	Erwerb	310
b)	Mitgliederwechsel	310
aa)	Aus- und Eintritt	310
bb)	Übertragung der Mitgliedschaft	311
c)	Beendigung	313
6.	Belastung der Mitgliedschaft	313
a)	Pfändung	313
b)	Verpfändung	314
III.	Rechte und Pflichten der Gesellschafter	314
1.	Beitragspflicht	314
a)	Begriff	315
b)	Inhalt	315
c)	Bewertung	317
d)	Erbringung	317
aa)	Arten der Einbringung	318
bb)	Mängel bei der Einbringung	321
e)	Beitragserhöhungen	326
2.	Pflicht zur Handelsregisteranmeldung	326

§ 4 Gesellschafter

3.	Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vertretung	328
a)	Recht und Pflicht zur Geschäftsführung und Vertretung	328
b)	Anmeldungs- und Einreichungspflichten	330
c)	Recht auf Aufwendungsersatz und Pflicht zur Herausgabe des Erlangen	331
d)	Stimmrecht und -pflicht	331
e)	Widerspruchsrecht und Widerspruchspflicht	332
f)	Pflicht zur Auskunft und Rechenschaft	333
g)	Pflicht zur Aufstellung/Unterzeichnung des Rechnungs- bzw. Jahresabschlusses	333
h)	Steuerrechtliche Pflichten	334
i)	Sozialversicherungsrechtliche Pflichten	334
j)	Pflicht zur Stellung des Insolvenzantrags	335
k)	Allgemeine Pflichten	335
aa)	Beachtung der Interessen der Gesellschaft	335
bb)	Pflicht zur Befolgung von Weisungen	336
cc)	Pflicht zur Einhaltung der Befugnismgrenzen	336
4.	Recht zur Teilnahme an der Gesellschafterversammlung	338
5.	Stimmrecht und Stimmmpflicht	340
6.	Widerspruchsrecht und -pflicht	344
7.	Informationsrechte	345
a)	Recht zur Einsichtnahme und Auskunft	345
aa)	Angelegenheiten der Gesellschaft	345
bb)	Einsichtsrecht	346
cc)	Auskunftsrecht	347
dd)	Ausübung	348
ee)	Vertragliche Gestaltung	349
ff)	Durchsetzung	349
b)	Recht auf Rechnungsabschluss und Rechnungslegung	350
c)	Recht auf Abschrift des Jahresabschlusses und Einsicht	350
aa)	Ordentliches Informationsrecht	351
bb)	Außerordentliches Informationsrecht	352
cc)	Ausübung	353
dd)	Vertragliche Gestaltung	353
8.	Recht und Pflicht zur Feststellung des Jahresabschlusses	353
9.	Recht auf anteiligen Jahresgewinn	355
a)	Entstehung des Anspruchs	355
b)	Höhe des Anspruchs	356
aa)	Gesetzliche Regelung	356
bb)	Vertragliche Regelungen	359
10.	Entnahmerecht	362
a)	Gesetzliche Regelung	362
aa)	OHG	362
bb)	KG	364
cc)	GbR	364
b)	Vertragliche Regelungen	365
11.	Kündigungs-, Liquidations- und Ausschließungsrecht	366
12.	Recht auf Auseinandersetzungs- oder Abfindungsguthaben	369
13.	Nachschusspflicht im Liquidationsstadium	369
14.	Treuepflicht	370
a)	Treuepflicht zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern	371
b)	Treuepflicht der Gesellschafter untereinander	373

c) Rechtsfolgen	375
15. Wettbewerbsverbot	376
a) Wettbewerbsverbot, Treuepflicht, Geschäftschancenlehre	376
b) Inhalt und Ausgestaltung	377
c) Rechtsfolgen der Verletzung	379
d) Wettbewerbsverbot und Kartellverbot	380
e) Vereinbartes Wettbewerbsverbot und Entgeltzahlung	382
IV. Gleichbehandlung und Treuepflicht	382
1. Grundlagen	382
2. Ausprägungen des Gleichbehandlungsgrundsatzes	383
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	384
V. Durchsetzung von Ansprüchen	384
1. Arten der Ansprüche	384
2. Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesamthand (Sozialverbindlichkeiten)	385
3. Verpflichtungen des Gesellschafters gegenüber der Gesamthand (Sozialansprüche)	386
4. Drittgeschäfte	386
5. Actio pro socio	387
6. Grundlagengeschäfte	388
VI. Die Haftung des Gesellschafters	389
1. Gesellschaftstypen und Haftung	389
a) Außen- und Innengesellschaften	389
b) Personenhandels- und einfache Personengesellschaften	390
2. Gesamthandsverbindlichkeit und Gesellschafterverbindlichkeit	390
3. Unbeschränkte Gesellschafterhaftung	392
a) Personenhandelsgesellschaften	392
b) Einfache Personengesellschaften (GbR)	393
aa) Vorbemerkung	393
bb) Gesamthandsschulden	394
4. Beschränkte Gesellschafterhaftung	394
a) Personenhandelsgesellschaften	394
b) Einfache Personengesellschaften (GbR)	395
aa) Außengesellschaften (Erwerbsgesellschaften)	395
bb) Innengesellschaften	396
§ 5 Handelsrechtliche Rechnungslegung	
A. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	400
I. Grundlagen, Anwendungsbereich	400
II. Die gesetzlichen Regeln	401
III. Die gesellschaftsrechtliche „Bilanz“	402
1. Keine zwingende Beachtung aller handelsrechtlichen Bilanzierungsvorgaben	402
2. Sonderfall der Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes	403
3. Feststellung	403
4. Abschlussprüfung	404
B. Die Personenhandelsgesellschaft (OHG, KG)	405
I. Grundlagen	405
II. Die Personenhandelsgesellschaft als Rechnungslegungssubjekt	406
1. Handelsbilanz (HB)	406
2. Die steuerlich dominierte Betrachtungsweise	408
3. Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz	409

4. Der Betrieb und die Mitunternehmerschaft	410
III. Die Gliederung des Jahresabschlusses, Abschlusserläuterungen, Informationsberechtigung der Gesellschafter	411
IV. Eigen- versus Fremdkapital	414
1. Überblick	414
2. Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital allgemein	415
3. Unklarheiten bei der Abgrenzung von Kapitalkonten und Gesellschaftsderdarlehen	417
4. Die Aufgliederung der einzelnen Kapitalkonten	419
5. Inhalt des Kapitalkontos	420
6. Ergebnisverteilung und Entnahmeeberechtigung der persönlich haftenden Gesellschafter nach dem gesetzlichen Regelstatut	420
7. Kapitalanteil und Ergebnisverteilung der Kommanditisten nach dem gesetzlichen Regelstatut	423
8. Betriebswirtschaftlich orientierte Vertragsgestaltung zur Kontenführung der Gesellschafter	428
a) „Festkapital“ als Ansatz für die Darstellung des Eigenkapitals	428
b) Festkapital – verstanden im Lichte des Eigenkapitals einer Kapitalgesellschaft	429
c) Gewinnentnahmerechte als Fremdkapital	430
d) Anwendbarkeit bei Kommanditisten	432
e) Ein einziges Kapitalkonto bei Kommanditgesellschaften?	435
f) Rechenschema zur Kontoführung der Gesellschafter im Zeitverlauf	436
V. Eigen- versus Fremdkapital nach IFRS	437
1. Anwendungsbereich der IFRS-Rechnungslegung	437
2. Eigenkapitaldefinition	438
3. Probleme beim Abgrenzungskonzept des IASB	438
4. Kapitalabgrenzung bei Personenhandelsgesellschaften	439
a) Kündigungsrechte mit Abfindungsfolge	439
b) Drohender EK-Verlust	439
c) Kapitaleinordnung	440
d) Kapitalanteile	441
VI. Die GuV-Rechnung	442
1. Die Abbildung der Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter in der GuV-Rechnung	442
2. Steueraufwand	444
a) Laufende Steuern	444
b) Latente Steuern	444
3. Ergebnisausweis	445
VII. Besonderheiten bei der Holding-Personenhandelsgesellschaft	446
VIII. Kompetenzen bei der Erstellung und Feststellung	448
IX. Jahresabschlussprüfung und Bestätigungsvermerk	451
X. Sondervorschriften des Publizitätsgesetzes (PublG)	453
C. Besonderheiten für die „Kapitalgesellschaft & Co.“ (KapCo-Gesellschaft)	453
I. Betriebswirtschaftliche Grundlagen	453
1. Der „Trick“ zur Vermeidung einer persönlichen Haftung natürlicher Personen	453
2. Die Vermeidung von Doppelzählungen (Konsolidierung)	454
3. Getrennte oder zusammengefasste Bilanzierung	456
a) Getrennte Jahresabschlüsse	456
b) Konsolidierung: Grundstruktur	457

Inhaltsverzeichnis**§ 6 Gewinnermittlung und Besteuerung**

II.	Der Regelungsgehalt des KapCoRiLiG – Überblick	458
1.	Definition der „KapCo-Gesellschaften“	458
2.	Generalverweis auf Kapitalgesellschaften	458
3.	Befreiungsmöglichkeiten	459
4.	Sonstige Vorschriften	459
III.	Besondere Rechnungslegungsvorschriften für KapCo-Gesellschaften	459
1.	Leistungsbeziehungen zum Gesellschafter	459
2.	Das Eigenkapital	460
3.	Die Gewinn- und Verlustrechnung	461
4.	Latente Steuern	462
5.	Anhangangaben	463
6.	Sonstige Sondervorschriften	464
IV.	Gestaltungshinweise zur Vermeidung oder Verringerung der Publizität	464
V.	Die Problembereiche des Ausweises von Eigenkapital und Ergebnis	465
1.	Ausgangsüberlegungen	465
2.	Gesellschafts- oder gesellschafterbezogene Betrachtungsweise	467
3.	Negatives Eigenkapital	469
4.	Trennung der Kapitalausweise für Gesellschafter (-Typen)	469
5.	Der Ergebnisausweis in der Bilanz	470
a)	Verluste	470
b)	Gewinne	471
6.	Empfehlungen für die Vertragspraxis	472

§ 6 Gewinnermittlung und Besteuerung

A. Grundlagen der Besteuerung und der steuerlichen Gewinnermittlung	475	
I.	Überblick	475
II.	Ertragsteuern	476
1.	Einkommensteuer	476
a)	Einkunftsarten und Einkünfteerzielungsabsicht	476
b)	Konkurrenz der Einkunftsarten	477
aa)	Dominanz der gewerblichen Einkünfte	477
bb)	Verhältnis gewerblicher Einkünfte zu anderen Einkünften	478
cc)	Gewerblich geprägte Personengesellschaft	479
dd)	Zebragesellschaften	479
2.	Gewerbesteuer	480
3.	Personengesellschaften und deren Gesellschafter als Steuer-subjekt	481
a)	Einkommensteuer	481
b)	Gewerbesteuer	481
c)	Verkehrsteuern	482
d)	Steuererklärungspflicht und Gewinnfeststellung	482
4.	Einkunftsermittlung	483
a)	Einkunftsarten	483
b)	Gewinneinkunftsarten	483
c)	Überschusseinkunftsarten	485
III.	Substanzsteuern	486
B. Mitunternehmerschaften	486	
I.	Anwendungsbereich	486
II.	Einkommensteuer	487
1.	Zweistufiges Gewinnermittlungsverfahren	487
2.	Ableitung der Steuerbilanz aus der Handelsbilanz	488
a)	Maßgeblichkeitssprinzip und einheitliche Bilanzierung	488

b)	Betriebsvermögen	489
c)	Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz	491
aa)	Abweichungen beim Ansatz	491
bb)	Abweichungen bei der Bewertung	492
3.	Entnahme und Einlage	498
4.	Ergänzungsbilanz	500
a)	Anwendungsbereich	500
b)	Gesellschafterwechsel	501
c)	Einbringung	504
d)	Übergang des Vermögens einer Kapitalgesellschaft	505
e)	Personenbezogene Vergünstigungen	505
5.	Sonderbetriebsvermögen und Sondervergütung	506
a)	Sonderbilanz und Sonder-Gewinn- und Verlustrechnung	506
b)	Arten des Sonderbetriebsvermögens	508
c)	Sondervergütungen	510
d)	Eigenbetrieb versus Sonderbetrieb des Gesellschafters	513
6.	Übertragung bzw. Überführung von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens	515
a)	Übertragungsszenarien	515
b)	Überführung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen den verschiedenen (mit)unternehmerischen Betriebsvermögen desselben Steuerpflichtigen (kein Rechtsträgerwechsel)	516
c)	Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen den verschiedenen (mit)unternehmerischen Betriebsvermögen (Rechtsträgerwechsel)	516
d)	Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern zwischen Schwesternpersonengesellschaften	519
e)	Missbrauchsvermeidung durch Sperrfristen	520
7.	Nichtabziehbare Betriebsausgaben	522
III.	Gewerbeertragsteuer	530
1.	Die Gesellschaft als Steuersubjekt	530
2.	Bemessungsgrundlage und Steuerfestsetzung	530
3.	Begründung und Beendigung der Steuerpflicht	531
4.	Überleitung vom Steuerbilanzgewinn zum Gewerbeertrag	531
5.	Hinzurechnungen und Kürzungen	532
6.	Ermittlung der Gewerbesteuer	535
7.	Verfahren	535
IV.	Ergebnisbeteiligung der Gesellschafter	536
1.	Verteilungsschlüssel	536
2.	Zeitpunkt der Zurechnung	537
3.	Angemessenheit des Verteilungsschlüssels	538
4.	Ein- und Austritt von Gesellschaftern	538
5.	Änderung des Gewinnverteilungsschlüssels	539
6.	Verlustbeteiligung	539
a)	Einkommensteuer	539
b)	Gewerbesteuer	539
V.	Einkommensteuerliche Entlastung	540
1.	Teileinkünfteverfahren	540
2.	Thesaurierungsbesteuerung (§ 34a EStG)	540
a)	Anwendungsbereich	540
b)	Nachversteuerung	542
3.	Gewerbesteueranrechnung nach § 35 EStG	544
a)	Begrenzung des Anrechnungsvolumens	544

Inhaltsverzeichnis

b) Anrechnung bei mehrstöckiger Mitunternehmerschaft und Organschaft	548
C. Vermögensverwaltende Personengesellschaften	549
§ 7 Finanzierung von Personengesellschaften	
A. Finanzierung von Personengesellschaften als „integrierte Gestaltungsaufgabe“	554
B. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Grundlagen der Finanzierung von Personengesellschaften	556
I. Außen- und Innenfinanzierung von Personengesellschaften	556
II. Eigen- versus Fremdkapital einer Personengesellschaft in Handels- und Steuerrecht	557
III. Steuerliche Begrenzungen der Finanzierungsfreiheit von Personengesellschaften	560
1. Steuerliches Gebot der Finanzierungsfreiheit	560
2. Finanzierungsbezug von Sonderbetriebsvermögen	561
3. Finanzierungsbezug bei § 15a EStG	563
4. Schuldzinsenabzug bei PersGes-bezogenen Überentnahmen (§ 4 Abs. 4a EStG)	565
5. Gewerbesteuerliche Sonderbelastung für Finanzierungskosten- bestandteile (§ 8 Nr. 1 GewStG)	567
6. Gesellschafterbezogene Thesaurierungsrücklage nach § 34a EStG und Stärkung der Innenfinanzierungskraft	569
IV. Finanzierungsrelevante PersGes-Sonderfragen: Mezzanine Finanzierung, IFRS-Rechnungslegung	570
C. Zinsschranke bei Personengesellschaften	574
I. Steuerliche „Grundmechanik“ der Zinsschranke	574
II. Zinsschranke und Sondervergütungen	576
III. Zinsschranke bei mehrstufigen Mitunternehmerschaften	578
IV. Personengesellschaften als „Zinsschranken-Organträger“	579
V. Zinsschranke bei einer Mitunternehmerschaft, die einer Kapital- gesellschaft nachgeordnet ist	580
VI. „Zerstörung“ von Zinsvortrag/ EBITDA-Vortrag bei Personengesellschaften	582
VII. Gesellschaftsvertraglicher Regelungsbedarf	584
D. Personengesellschaften als Instrument zur steueroptimierten Finanzierungsgestaltung	585
I. Personengesellschaften als Akquisitionsvehikel zur Zinsabzugs- optimierung	585
II. Mehrfache Zinsschranken-Freigrenzenutzung	587
III. Teilwertabschreibungen bei Darlehensgewährung über Personengesellschaften im Konzern (§ 8b Abs. 3 KStG, § 3c Abs. 2 EStG)	588
IV. Finanzierungen bei Personengesellschaften „über die Grenze“ und § 1 AStG	590
E. Finanzierung von Personengesellschaften in der Krise	591
F. Schlussbemerkung	593
§ 8 Ausscheiden	
A. Einleitung	597

B. Freiwilliges Ausscheiden aus der Personengesellschaft	599
I. Einseitiges Ausscheiden	599
1. BGB-Gesellschaft und Personenhandelsgesellschaften: Voraussetzungen und Unterschiede	599
2. Kündigung	601
a) Gesetzliche Regelung	601
aa) Ordentliche Kündigung	601
bb) Außerordentliche Kündigung	602
cc) Prüfungsschema	603
dd) Wichtiger Grund bei der außerordentlichen Kündigung	604
ee) Ausübung der Kündigung	609
b) Vertragliche Abwandlungen und ihre Grenzen	610
aa) Schranken der Vertragsgestaltung	610
bb) Zulässige Klauseln	614
cc) Rechtsfolgen unzulässiger Kündigungsbestimmungen	615
II. Einvernehmliches Ausscheiden	615
1. Austrittsvertrag	615
2. Übertragung des Gesellschaftsanteils	616
a) Übertragbarkeit	616
b) Gegenstand und Umfang der Übertragung – Verfügungsvertrag	617
c) Gestaltungsmöglichkeiten, die die Übertragbarkeit eröffnen	619
d) Form der Übertragung	620
e) Besonderheiten bei der KG – Anteilsübertragung aus Haftungsgründen	621
3. Kombination beider Wege – Ausscheiden und Übertragung	622
C. Unfreiwilliges (zwangswise) Ausscheiden	622
I. Ausschluss	623
1. Gesetzliche Regelung	623
a) BGB-Gesellschaft	623
aa) Voraussetzungen	623
bb) Verfahren	624
b) Personenhandelsgesellschaften	626
c) Prüfungsschema	627
2. Vertragliche Abwandlungen und ihre Grenzen	627
a) Abweichungen bei der BGB-Gesellschaft	627
b) Abweichungen bei der Personenhandelsgesellschaft	630
II. Automatisches Ausscheiden	631
III. Kündigung durch Dritte	633
1. Fortsetzungsvereinbarung als Voraussetzung	633
2. Zwingende und dispositive Regelungsbestandteile	634
3. Voraussetzungen, Besonderheiten und Folgen der Kündigung durch Dritte	634
a) Voraussetzungen	634
b) Besonderheiten der Kündigung	635
c) Folgen	636
D. Rechtsfolgen des Ausscheidens	636
I. Rechtsfolgen auf Seiten des ausscheidenden Gesellschafters	636
1. Abfindungsanspruch und Ausgleichung eines Fehlbetrages	637
a) Gesetzliche Regelung	637
aa) Bewertung des Gesellschaftsvermögens und des Anteils	637
bb) Berechnung des Abfindungsanspruches – Abschichtungsbilanz oder Abrechnung? – Grundsatz der Gesamtabrechnung	639

b) Abweichende Vereinbarungen und deren Grenzen	643
2. Rückgabe, Schuldbefreiung, schwebende Geschäfte	650
a) Gesetzliche Regelung	650
aa) Rückgabe von Gegenständen	650
bb) Befreiung von gemeinschaftlichen Verbindlichkeiten	651
cc) Beteiligung an schwelbenden Geschäften	651
b) Abweichende Vereinbarungen	653
3. Steuerliche Folgen beim ausscheidenden Gesellschafter	654
a) Einkommensteuer	654
aa) Steuerpflicht bei gewerblicher Beteiligung 654	
bb) Besteuerungstatbestand: Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	654
cc) Veräußerungsgewinn	656
dd) Progressionsmilderung und Zuflussbesteuerung	658
ee) Sachwertabfindung	658
b) Umsatzsteuer	659
II. Rechtsfolgen auf Seiten der Gesellschaft und der verbleibenden Gesellschafter	660
1. Anwachsung	660
2. Besonderheit bei der Zwei-Mann-Gesellschaft, Übernahmerecht ..	661
3. Steuerfolgen	663
a) Einkommensteuer	663
aa) Steuerliche Qualifizierung	663
bb) Abfindung zum und über dem Buchwert des Anteils	663
cc) Abfindung bei negativem Kapitalkonto	664
dd) Abfindung unter dem Buchwert	665
ee) Sachwertabfindung	667
b) Gewerbesteuer	667
c) Schenkungsteuer	667
d) Grunderwerbsteuer	668
E. Nachhaftung und Wiederaufleben der Haftung	669
I. Begrenzung der Haftung des ausscheidenden Gesellschafters	669
II. Wiederaufleben der Haftung des ausscheidenden Kommanditisten ..	671
F. Handelsregisteranmeldung	672
§ 9 Erbfolge, Schenkung, Güterstandsregelungen	
A. Tod eines Personengesellschafters	675
I. Überblick	675
II. Gesetzliche Regelungen	679
1. Tod eines persönlich haftenden Gesellschafters	679
a) OHG und KG	679
b) BGB-Gesellschaft	680
2. Tod eines Kommanditisten	681
3. Tod eines stillen Gesellschafters	681
4. Tod eines Partners	682
III. Gesellschaftsvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten	682
1. Vorbemerkung	682
2. Fortsetzungsklauseln	683
3. Nachfolgeklauseln	686
a) Einführung	686
b) Erbrechtliche Nachfolgeklauseln	687
c) Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklauseln	696

4. Eintrittsklauseln	697
IV. Sonstige erbrechtliche, letztwillige oder lebzeitige Gestaltungsmöglichkeiten	699
1. Vor- und Nacherbschaft bei Personengesellschaftsanteilen	699
2. Testamentsvollstreckung	701
a) Einführung	701
b) Testamentsvollstreckung am Gesellschaftsanteil eines persönlich haftenden Gesellschafters	702
c) Testamentsvollstreckung an einer Kommanditbeteiligung	706
d) Testamentsvollstreckung bei einer stillen Gesellschaft	707
3. Vorweggenommene Erbfolge	707
4. Erbverträge und Pflichtteilsverzichte	709
5. Güterstandsvereinbarungen	709
6. Der Personengesellschaftsanteil als Gegenstand eines Vermächtnisses	710
B. Schenkung von Personengesellschaftsanteilen	710
I. Allgemeines	710
II. Die zivilrechtliche Seite der Schenkung von Personengesellschaftsanteilen	711
1. Allgemeines	711
2. Schenkungstatbestand	711
a) Form der Zuwendung	711
b) Schenkungsgegenstand	713
c) Unentgeltlichkeit	713
3. Formerfordernis	715
4. Die Rückforderung nach Schenkungsrecht	716
a) Gesetzliche Rückforderungstatbestände	716
b) Vertragliche Widerrufsvorbehalte und Rückfallklauseln	718
5. Schenkung unter Auflage, insbesondere Schenkung unter Nießbrauchsvorbehalt	720
6. Schenkung auf den Todesfall	725
7. Erbrechtliche Anrechnungs-, Ausgleichs- und Ergänzungsansprüche	725
C. Buchwertfortführung	728
I. Unentgeltliche Übertragung betrieblicher Einheiten (§ 6 Abs. 3 EStG)	729
1. Quotale Übertragungen	729
2. Disquotale Übertragungen von Gesamthandsvermögen und Sonderbetriebsvermögen	730
a) Unterquotale Übertragung	730
b) Überquotale Übertragung	730
II. Unentgeltliche Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 5 EStG)	731
III. Kombinationen zwischen § 6 Abs. 3 und Abs 5 EStG	731
D. Erbschaft- und Schenkungsteuer	732
I. Steuerpflichtiger Tatbestand	732
1. Steuerpflicht nach deutschem Recht	732
a) Unbeschränkte Steuerpflicht	732
b) Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht	733
c) Beschränkte Steuerpflicht	733
d) Erweitert beschränkte Steuerpflicht	734
e) Wegzugsbesteuerung	734
f) Doppelbesteuerungsabkommen	734
g) Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer	735
2. Tatbestände	736
a) Erwerbe von Todes wegen	736

b) Schenkungen unter Lebenden	737
II. Steuerbefreiungen	739
1. Zugewinnausgleich	739
a) § 5 Abs. 1 ErbStG	740
b) § 5 Abs. 2 ErbStG	740
2. Familienheim	741
a) Erwerb durch Ehegatten oder Lebenspartner	741
b) Erwerb durch Kinder und Enkel	742
3. Sonstige Änderungen des § ErbStG	743
III. Besteuerungsverfahren	744
1. Bewertung	744
a) Grundvermögen	744
b) Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	747
c) Gewerbebetriebe, Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften	747
2. Bemessungsgrundlage	752
a) Gesetzliche Reduzierungen	752
b) Änderungen durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz	764
c) Persönliche Freibeträge	771
d) Privatautonomie Reduzierungen	771
3. Steuerbelastung	777
a) Entlastungsbetrag	777
b) Zusätzliche Stundungstatbestände	778
c) Nachsteuer	778
d) Vermeidung der Doppelbelastung mit Erbschaft- und Ertragsteuern	782
E. Güterstandsregelungen	782
I. Die verschiedenen Güterstände der Ehe	783
1. Zugewinngemeinschaft	783
a) Zugewinnausgleich bei Scheidung	783
b) Zugewinnausgleich beim Erbfall	784
2. Gütertrennung	785
3. Gütergemeinschaft	785
4. Modifizierte Zugewinngemeinschaft	786
II. Gesellschaftsvertragliche Regelungen im Zusammenhang mit ehelichen Güterständen	788
§ 10 Umwandlungen	
A. Allgemeines	795
I. Motive für Umstrukturierungen	795
II. Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz und sonstige Umstrukturierungen	796
1. Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz	796
2. Sonstige Umstrukturierungen	799
III. Ermittlung der einschlägigen Vorschriften des Umwandlungsgesetzes	799
IV. Ablauf von Umwandlungen nach dem Umwandlungsgesetz	800
V. Schutzprinzipien des Umwandlungsgesetzes	803
1. Schutz der Anteilsinhaber	803
2. Schutz der Inhaber von Sonderrechten	803
3. Schutz der Gläubiger	803
4. Schutz der Arbeitnehmer	805
VI. Grenzüberschreitende Umstrukturierungen	806
VII. Das UmwStG in der Fassung des SEStEG	807

§ 10 Umwandlungen

1.	Anwendbarkeit des UmwStG	808
2.	Wesentliche Änderungen des UmwStG i.d.F. des SEStEG	809
a)	Aufgabe des Maßgeblichkeitgrundsatzes	810
b)	Steuerliche Rückwirkung	810
c)	Aufgabe des Konzeptes der einbringungsgeborenen Anteile	811
3.	Grunderwerbsteuer bei Umwandlung im Konzern gem. § 6a GrEStG	812
B.	Formwechsel	813
	I. Rechtsnatur	813
	II. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft (Zivilrecht)	814
1.	Möglichkeiten des Formwechsels in eine Personengesellschaft	814
a)	Überblick	814
b)	Sonderproblem: Formwechsel in eine GmbH & Co. KG	814
c)	Sonderproblem: Formwechsel einer Ein-Personen-Kapital- gesellschaft	817
2.	Ablauf des Formwechsels in eine Personengesellschaft	818
a)	Der Entwurf des Umwandlungsbeschlusses	818
aa)	Obligatorischer Inhalt	818
bb)	Fakultativer Inhalt	821
b)	Der Umwandlungsbericht und das Barabfindungsangebot	821
aa)	Der Umwandlungsbericht	821
bb)	Das Barabfindungsangebot	823
c)	Der Umwandlungsbeschluss	824
d)	Anmeldung und Eintragung	827
III.	Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft (Steuerrecht)	830
1.	Steuerliche Rückwirkung	831
2.	Bilanzierung bei dem formwechselnden Rechtsträger	832
a)	Grundsatz	832
b)	Bewertungswahlrecht	833
c)	Rechtsfolgen der Wertansätze	834
d)	Besteuerung des Übertragungsgewinns/-verlusts	836
3.	Bilanzierung bei dem Rechtsträger neuer Rechtsform	837
4.	Ermittlung des Übernahmevergebnisses	838
a)	Übernahmevergebnis 1. Stufe	840
b)	Übernahmevergebnis 2. Stufe	840
c)	Besteuerung des Übernahmevergebnisses	841
5.	Besteuerung auf Ebene der Gesellschafter	842
6.	Gewerbesteuer	843
7.	Grenzüberschreitender Formwechsel	844
IV.	Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft (Zivilrecht)	845
1.	Möglichkeiten des Formwechsels einer Personengesellschaft	845
a)	Überblick	845
b)	Sonderprobleme: Formwechsel von GmbH & Co. KG in Ein-Personen-Gesellschaften	845
2.	Ablauf des Formwechsels einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft oder eG	846
a)	Der Entwurf des Umwandlungsbeschlusses	846
b)	Der Umwandlungsbericht und das Barabfindungsangebot	847
aa)	Der Umwandlungsbericht	847

bb) Das Barabfindungsangebot	848
c) Der Umwandlungsbeschluss – Beschlussfassung und Kapitalaufbringung	849
aa) Die Beschlussfassung	849
bb) Die Kapitalaufbringung	852
d) Anmeldung und Eintragung	855
V. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft (Steuerrecht)	857
1. Besonderheiten bei dem formwechselnden Rechtsträger	858
a) Ergänzungsbilanz/Sonderbetriebsvermögen	859
b) Steuerliche Rückwirkung und Bilanzierung	862
2. Besonderheiten bei dem Rechtsträger neuer Rechtsform	863
a) Bewertungswahlrecht	863
b) Auswirkungen auf die künftige Bilanzierungspraxis	866
3. Auswirkungen auf die Gesellschafter	866
4. Ermittlung und Besteuerung des Einbringungsgewinns	869
5. Exkurs: Formwechsel in die KGaA	870
C. Verschmelzung	871
I. Die Verschmelzung auf eine Personengesellschaft (Zivilrecht)	871
1. Möglichkeiten der Verschmelzung auf eine Personengesellschaft	871
a) Überblick	871
b) Sonderprobleme	872
aa) Besondere Beteiligte	872
bb) Besondere Konstellationen	874
2. Ablauf der Verschmelzung auf eine Personengesellschaft	875
a) Der Verschmelzungsvertrag	875
aa) Abschluss und Form	875
bb) Obligatorischer Inhalt	876
cc) Fakultativer Inhalt	882
dd) Erfüllung, Änderung, Nichtigkeit	883
ee) Zuleitung an den Betriebsrat	884
b) Der Verschmelzungsbericht	885
c) Die Prüfung der Verschmelzung	886
d) Der Verschmelzungsbeschluss	888
e) Anmeldung und Eintragung	889
II. Die Verschmelzung auf eine Personengesellschaft (Steuerrecht)	894
1. Steuerlicher Übertragungstichtag und Rückwirkung	895
2. Bewertungswahlrecht nach § 3 UmwStG	896
3. Fiktion der Beteiligung an der übertragenden Kapitalgesellschaft	896
4. Ermittlung und Besteuerung des Übernahmeergebnisses	899
5. Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden Personengesellschaft	900
6. Grenzüberschreitende Verschmelzung	901
III. Die Verschmelzung einer Personengesellschaft (Zivilrecht)	901
1. Möglichkeiten der Verschmelzung einer Personengesellschaft	901
a) Überblick	901
b) Sonderprobleme	902
2. Ablauf der Verschmelzung einer Personengesellschaft	905
a) Der Verschmelzungsvertrag	905
aa) Obligatorischer Inhalt	905
bb) Fakultativer Inhalt	908
b) Der Verschmelzungsbericht	908
c) Die Prüfung der Verschmelzung	909

d) Der Verschmelzungsbeschluss	910
e) Anmeldung und Eintragung	910
IV. Die Verschmelzung einer Personengesellschaft (Steuerrecht)	912
1. Rückwirkung und Bilanzierung beim Einbringenden	913
2. Gegenstand der Einbringung, Einbringender	913
3. Mitunternehmerstellung	914
4. Bilanzierung bei der übernehmenden Personengesellschaft	915
5. Besteuerung des Einbringungsgewinns	918
6. Sonstige Auswirkungen der Verschmelzung	920
D. Spaltung	921
I. Die Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft (Zivilrecht)	921
1. Möglichkeiten der Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft	921
a) Überblick	921
b) Besonderheiten	922
2. Ablauf der Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft	926
a) Der Spaltungs- und Übernahmevertrag bzw. der Spaltungsplan	926
aa) Abschluss und Form	926
bb) Obligatorischer Inhalt	927
cc) Fakultativer Inhalt	935
dd) Erfüllung, Änderung, Nichtigkeit	936
ee) Zuleitung an den Betriebsrat	936
b) Der Spaltungsbericht	936
c) Die Prüfung der Spaltung	937
d) Der Spaltungsbeschluss	939
e) Anmeldung und Eintragung	941
II. Die Spaltung unter Beteiligung einer Personengesellschaft (Steuerrecht)	944
1. Spaltung aus einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft	944
a) Übergehendes Vermögen als Teilbetrieb	944
b) Steuerliche Bewertung	947
c) Ermittlung des Übernahmegergebnisses	948
d) Verlustabzug gem. § 16 S. 1 i.V.m. § Abs. 3 UmwStG	949
2. Spaltung einer Personengesellschaft auf eine Personengesellschaft	950
a) Einschlägige Vorschriften	950
b) Einbringung in eine Personengesellschaft	951

§ 11 Die Personengesellschaft in Krise, Sanierung und Insolvenz

A. Zum Begriff der Krise	955
I. Der betriebswirtschaftliche Krisenbegriff	955
II. Der rechtliche Krisenbegriff	957
1. Insolvenzfähigkeit und Antragsberechtigung	958
2. Zahlungsunfähigkeit	961
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	964
4. Beurteilung drohender/eingetretener Zahlungsunfähigkeit	966
5. Überschuldung	968
B. Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit	973
I. Sanierungsfähigkeit	974
1. Sanierungskonzept	975
a) Beschreibung des Unternehmens	975
b) Analyse des Unternehmens	976
c) Leitbild des sanierten Unternehmens	976
d) Maßnahmen zur Sanierung des Unternehmens	976

Inhaltsverzeichnis**§ 11 Die Personengesellschaft in Krise, Sanierung ...**

aa) Management und Organisation	977
bb) Absatzkonzept	980
cc) Produktions- und Materialwirtschaftskonzept	980
dd) Forschungs- und Entwicklungskonzept	981
e) Planverprobungsrechnungen	981
2. Finanzwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen	982
a) Bar- oder Sachkapitalerhöhung	982
b) Gesellschafterdarlehen	986
c) Gewährung neuer Kredite durch Dritte	987
d) Sicherheitengestellung durch Gesellschafter	988
e) Forderungsverzichte	989
f) Rangrücktrittserklärungen	991
g) Patronatserklärungen	992
h) Verkauf von Anlage- und Umlaufvermögen	994
3. Personalwirtschaftliche Sanierungsmaßnahmen	994
a) Entgeltkürzungen	995
b) Eingriffe in Betriebsrentenansprüche	997
c) Personalabbaumaßnahmen	1000
II. Sanierungswürdigkeit	1002
1. Außergerichtliche oder gerichtliche Liquidation	1003
2. Außergerichtliche oder gerichtliche Sanierung	1005
a) Vorrang der Unternehmensfortführung	1006
b) Möglichkeiten einer gesteuerten Insolvenz	1008
c) Arbeitsrechtliche Erleichterungen	1011
C. Pflichten der Gesellschafter in der Krise	1014
I. Verpflichtung zur Mitwirkung an Sanierungs- oder Abwicklungsmaßnahmen	1014
II. Nachschussverpflichtungen	1015
III. Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Auflösung	1016
IV. Insolvenzantragspflichten	1016
V. Jahresabschluss	1017
1. Aufstellungsfrist	1017
2. Ansatz und Bewertung	1018
D. Haftung der Gesellschafter in Krise und Insolvenz	1019
I. Haftung für Steuerschulden	1020
1. Haftung der Gesellschafter	1020
2. Haftung der Geschäftsführer	1021
II. Haftung für rückständige Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung	1023
1. Haftung der Gesellschafter	1023
2. Haftung der Geschäftsführer	1024
III. Haftung des Kommanditisten	1025
1. Haftungsbefreiende Leistung der Pflichteinlage	1025
2. Wiederaufleben der Haftung des Kommanditisten	1026
3. Eigenkapitalersatzrecht	1027
4. Kapitalerhaltungsregelungen der §§ 30, 31 GmbHG analog	1028
IV. Haftungsrisiken von Gesellschaftern und Geschäftsführern in der Insolvenz	1031
1. Haftung der Gesellschafter	1031
2. Haftung der Geschäftsführer	1035
a) Verpflichtung zur Erstattung verbotener Auszahlungen	1035
b) Insolvenzverschleppungshaftung	1036
c) Insolvenzverursachungshaftung	1037

V.	Insolvenzanfechtung	1040
§ 12 Auflösung und Liquidation		
A.	Vorbemerkung	1048
B.	Auflösung der Personengesellschaft	1050
I.	Auflösungsgründe	1050
1.	Auflösungsgründe, die zur Liquidation führen	1050
a)	Zeitablauf	1050
b)	Auflösungsbeschluss	1051
c)	Tod eines Gesellschafters	1052
d)	Gesellschafterinsolvenz	1052
e)	Kündigung	1053
aa)	Kündigung durch einen Gesellschafter	1053
bb)	Kündigung durch Pfändungspfandgläubiger	1055
f)	Gerichtliche Entscheidung	1056
g)	Zweckerreichung/Unmöglichkeit	1058
2.	Auflösungsgründe, die nicht zur Liquidation führen	1058
a)	Anwachsung/Gesamtrechtsnachfolge	1058
b)	Insolvenz der Gesellschaft	1058
II.	Rechtsfolgen der Auflösung	1059
1.	Auswirkungen auf die Gesellschaft	1059
2.	Fehlerhafte Auflösung	1060
III.	Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft	1060
IV.	Durchführung der Liquidation	1060
1.	Überblick	1060
2.	Träger der Liquidation	1061
a)	Stellung der Gesellschafter	1061
aa)	Gesellschafterrechte	1061
bb)	Gesellschafterpflichten	1061
b)	Liquidatoren	1061
3.	Anmeldung der Auflösung	1062
4.	Liquidationsverfahren	1063
a)	Auseinandersetzung unter Abwicklung der Gesellschaft	1063
b)	Andere Arten der Auseinandersetzung	1065
aa)	Übernahme des Gesellschaftsvermögens durch einen Gesellschafter	1065
bb)	Veräußerung des gesamten Unternehmens an einen Dritten .	1066
C.	Rechnungslegung	1067
I.	Vorbemerkungen	1067
II.	Liquidationseröffnungsbilanz	1067
III.	Liquidationsschlussbilanz	1068
D.	Besteuerung in der Liquidation	1068
I.	Mitunternehmerschaften	1068
1.	Überblick	1068
2.	Betriebsveräußerung, Betriebsaufgabe und Realteilung	1071
a)	Abgrenzung	1071
b)	Ermittlung des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns	1073
c)	Begünstigte Gewinne im Rahmen der Liquidation	1077
d)	Nicht begünstigte Gewinne im Rahmen der Liquidation	1077
aa)	Personenidentität	1077
bb)	Allmähliche Einstellung des Betriebes	1078

cc) Laufende Gewinne	1078
e) Freibetrag	1078
f) Tarifermäßigung	1079
g) Zurechnung zu den Gesellschaftern	1080
3. Veräußerung des ganzen Gewerbebetriebes gegen wiederkehrende Bezüge	1081
4. Besonderheiten bei der Liquidation einer KG	1081
5. Gewerbesteuer	1082
II. Personengesellschaft mit freiberuflicher Tätigkeit	1083
III. Vermögensverwaltende Personengesellschaften	1083
§ 13 GmbH & Co. KG	
A. Einleitung	1088
I. Gründe für die Unternehmensform „GmbH & Co. KG“	1088
II. Die zivilrechtliche Anerkennung der GmbH & Co. KG	1089
III. Die steuerrechtliche Anerkennung der GmbH & Co. KG	1089
IV. Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG	1090
B. Gründung der GmbH & Co. KG	1091
I. Neugründung	1091
1. Komplementär-GmbH	1091
2. Kommanditgesellschaft	1094
II. Umwandlung, Beitritt und Einbringung	1096
III. Herstellen einer Gesellschafteridentität	1096
1. Personenidentische GmbH & Co. KG	1096
a) Abtretung und Vererbung	1096
b) Kündigung und Ausschluss	1097
2. Einheitsgesellschaft	1097
C. Organisation der GmbH & Co. KG	1098
I. Geschäftsführung und Vertretung	1098
1. GmbH & Co. KG	1098
a) Geschäftsführung	1098
b) Vertretung	1098
2. Geschäftsführung und Vertretung in der Einheitsgesellschaft	1099
3. Geschäftsführung und Vertretung in der Komplementär-GmbH	1099
4. Verbot des Selbstkontrahierens	1100
II. Geschäftsführervertrag	1100
III. Gesellschafterversammlung	1102
1. GmbH	1102
2. GmbH & Co. KG	1102
3. Einheitsgesellschaft	1102
IV. Aufsichtsrat	1103
1. Drittelparteiengesetz	1103
2. § 4 MitbestG	1104
a) Voraussetzungen zur Bildung des Aufsichtsrats und Zusammensetzung	1104
b) Wesentliche Aufgaben	1104
c) Vermeidung eines Aufsichtsrats	1105
3. § 5 MitbestG	1106
V. Wettbewerbsverbot	1106
1. Komplementär-GmbH	1106
2. Kommanditisten	1106
3. Geschäftsführer der Komplementär-GmbH	1107

§ 13 GmbH & Co. KG	
D. Finanzierung	1107
I. Pflichteinlage	1107
II. Gesellschafterdarlehen und Nutzungüberlassung	1110
III. Verzicht auf Rückzahlungsanspruch	1110
E. Jahresabschluss	1112
I. Abschlusspflicht	1112
II. Offenlegungs- und Prüfungspflicht	1113
F. Laufende Besteuerung	1116
I. Einkommen-/Körperschaftsteuer	1116
1. Steuersubjekteigenschaft	1116
2. Art der Einkünfte	1116
a) Gewerbliche Einkünfte kraft Tätigkeit	1116
b) Gewerlich geprägte Einkünfte	1117
3. Mitunternehmerstellung	1122
a) Komplementär-GmbH	1122
b) Kommanditisten	1122
c) Verdeckte Mitunternehmerschaft	1122
4. Gewinnermittlung und Einkünftezurechnung	1123
5. Besonderheiten	1126
a) Verdeckte Gewinnausschüttungen	1126
b) Zinsschranke	1128
II. Gewerbesteuer	1128
1. Gewerbesteuersubjekt	1128
2. Organschaft	1129
3. Gewerbeertrag	1129
III. Umsatzsteuer	1130
G. Ausscheiden aus der Gesellschaft, Anteilsübertragung	1131
I. Formerfordernisse	1131
II. Übergang von Todes wegen	1131
III. Steuerliche Konsequenzen	1133
H. Haftung	1134
1. Haftung der Gesellschafter der GmbH	1134
a) Vor-GmbH	1134
b) §§ 30, 31 GmbHG	1135
c) §§ 32a, 32b GmbHG a.F. und Rechtsprechungsgrundsätze	1136
2. Haftung der Gesellschafter der KG	1136
a) Grundsätzliche Haftung	1136
b) §§ 30, 31 GmbHG analog	1136
c) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen und Nutzungüberlassungen	1138
aa) §§ 172a HGB a.F., 32a, 32b GmbHG a.F.	1138
bb) Rechtsprechungsgrundsätze analog §§ 30, 31 GmbHG a.F.	1138
cc) Kleinanlegerschutz und Sanierungsprivileg	1139
d) Allgemeine Durchgriffshaftung	1139
3. Haftung des Geschäftsführers	1139
I. Auflösung, Insolvenz und Liquidation	1140
I. Auflösung	1140
1. Allgemeines	1140
2. Mehrheitserfordernis für Auflösungsbeschluss	1140
3. Tod eines Gesellschafters	1140
4. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1141

II.	Insolvenz	1141
1.	Zwingende Insolvenzgründe	1141
2.	Drohende Zahlungsunfähigkeit	1143
3.	Konsequenzen für die KG	1143
4.	Konsequenzen für die Gesellschafter	1144
a)	Insolvenzrechtliche Lösung statt Eigenkapitalersatz	1144
b)	Gesellschafterdarlehen und vergleichbare Rechtshandlungen	1145
c)	Gesellschafterbesicherte Drittdarlehen	1146
d)	Anfechtbarkeit aufgrund § 135 InsO	1146
e)	Nutzungsüberlassung	1147
III.	Liquidation	1148
1.	Gesellschaftsrecht	1148
2.	Steuerrecht	1148
§ 14 Stille Gesellschaft		
A.	Handels- und Gesellschaftsrecht	1150
I.	Grundlagen	1150
1.	Begriff und Rechtsnatur der stillen Gesellschaft	1150
2.	Erscheinungsformen der stillen Gesellschaft	1151
3.	Abgrenzung der stillen Gesellschaft zu verwandten Rechtsinstituten	1153
II.	Die Begründung der stillen Gesellschaft	1153
III.	Rechtsverhältnisse bei der stillen Gesellschaft	1156
1.	Innenverhältnis	1156
2.	Außenverhältnis	1157
IV.	Bilanzierungsgrundsätze	1158
1.	Bilanzierung beim Inhaber des Handelsgewerbes	1158
a)	Vermögenseinlage	1158
b)	Gewinn- und Verlustanteile	1159
2.	Bilanzierung beim stillen Gesellschafter	1160
a)	Vermögenseinlage	1160
b)	Gewinn- und Verlustanteile	1160
V.	Beendigung der stillen Gesellschaft	1161
B.	Steuerrecht	1163
I.	Grundlagen	1163
1.	Typisch und atypisch stille Gesellschaft	1163
2.	Die steuerliche Anerkennung der stillen Gesellschaft zwischen nahestehenden Personen	1165
a)	Die stille Gesellschaft mit Familienangehörigen	1165
b)	Die GmbH & Still	1167
II.	Die Besteuerung der typisch stillen Gesellschaft	1169
1.	Laufende Besteuerung	1169
a)	Die Besteuerung des Geschäftsinhabers	1169
b)	Die Besteuerung des typisch stillen Gesellschafters	1170
aa)	Gewinnanteile	1170
bb)	Verlustanteile	1171
cc)	Gewerbesteuer	1173
2.	Aperiodische Besteuerung	1173
a)	Ertragsteuern	1173
b)	Erbschaft- und Schenkungsteuer	1175
III.	Die Besteuerung der atypisch stillen Gesellschaft	1176
1.	Laufende Besteuerung	1176
a)	Steuersubjekt	1176

§ 15 Unterbeteiligung

b)	Einkünftequalifikation	1176
c)	Einkünfteermittlung	1178
d)	Gewerbesteuer	1181
e)	Gewerbesteuermäßigung	1183
f)	Organschaft	1184
g)	Verfahrensrecht	1184
2.	Aperiodische Besteuerung	1186
a)	Ertragsteuern	1186
b)	Erbschafts- und Schenkungsteuer	1188
C.	Motive für die Wahl der stillen Gesellschaft	1189
I.	Wirtschaftliche Motive	1189
1.	Die stille Gesellschaft als Instrument der Kapitalausstattung und Kapitalanlage	1189
2.	Die stille Gesellschaft als Instrument der Unternehmensnachfolge	1191
3.	Die stille Gesellschaft als Instrument der Mitarbeiterbeteiligung .	1191
4.	Sonstige Motive für die Wahl der stillen Gesellschaft	1192
II.	Steuerliche Motive	1192
1.	Einkünfteverlagerung	1192
a)	Übertragung von Einkunftsquellen	1192
b)	Verlusttransfer	1192
2.	Vermeidung von Gewinnrealisierungen	1194
3.	Gewerbesteuerliche Vorteile	1194
4.	Grunderwerbsteuerliche Vorzüge	1195
§ 15 Unterbeteiligung		
A.	Handels- und Gesellschaftsrecht	1198
I.	Begriffsbestimmungen	1198
II.	Die Unterbeteiligung in der Praxis	1200
III.	Anwendbare Rechtsvorschriften	1201
IV.	Vertragliche Gestaltung	1202
1.	Form	1202
2.	Verhältnis zum Hauptgesellschaftsvertrag	1203
3.	Vertragliche Regelungsschwerpunkte	1203
a)	Geschäftsführung	1203
b)	Einflussnahmemöglichkeiten des Unterbeteiligten	1204
c)	Einlagen/Beiträge	1205
d)	Gewinn-/Verlustbeteiligung des Unterbeteiligten	1206
e)	Informationsrechte des Unterbeteiligten	1206
V.	Treuepflichten	1207
1.	Treuepflichten des Hauptgesellschafters	1207
2.	Treuepflichten des Unterbeteiligten	1207
3.	Wettbewerbsverbot	1208
VI.	Buchführung	1208
VII.	Beendigung/Auseinandersetzung	1208
VIII.	Unterbeteiligung Minderjähriger	1212
B.	Steuerrecht	1213
I.	Einkommensteuer	1213
1.	Typische Unterbeteiligungsgesellschaft	1213
a)	Steuerliche Behandlung des Unterbeteiligten	1214
b)	Steuerliche Behandlung des Hauptgesellschafters	1215
2.	Atypische Unterbeteiligungsgesellschaft	1215
a)	Steuerliche Behandlung des laufenden Ertrags	1216

b)	Feststellungsverfahren	1218
c)	Exkurs: Unterbeteiligung am Anteil an einer Personengesellschaft mit ausschließlichen Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	1219
d)	Einräumung, Beendigung und Übertragung der Unterbeteiligung	1219
3.	Unterbeteiligung an Kapitalgesellschaften	1220
4.	Steuerliche Anerkennung von Unterbeteiligungen Familienangehöriger	1220
a)	Anerkennungsfähigkeit der vertraglichen Gestaltung	1220
b)	Anerkennung der Gewinnverteilung	1222
c)	§ 12 EStG als Grenze für die steuerliche Anerkennung	1222
II.	Gewerbesteuer	1223
1.	Typische Unterbeteiligungsgesellschaft	1223
2.	Atypische Unterbeteiligungsgesellschaft	1223
III.	Umsatzsteuer	1223
IV.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	1223
V.	Unterbeteiligung und Formwechsel	1224
1.	Typische Unterbeteiligungsgesellschaft	1224
2.	Atypische Unterbeteiligungsgesellschaft	1225
 § 16 Familienpersonengesellschaft		
A.	Begriff und Besonderheiten	1228
I.	Erscheinungsformen	1228
1.	Begriffsmerkmale	1228
2.	Einteilung	1229
3.	Familien gesellschaften und Corporate Governance	1230
II.	Rechtsformen von Familien gesellschaften	1230
III.	Motive für die Gründung	1231
1.	Vorbereitung des Generationenwechsels im Unternehmen	1231
2.	Versorgung	1231
3.	Steuerrecht	1232
a)	Einkommensteuer	1232
b)	Erbschaft- und Schenkungsteuer	1232
IV.	Besonderheiten gegenüber anderen Personengesellschaften	1232
B.	Gründergeneration	1233
I.	Organisatorische Sonderstellung	1233
1.	Geschäftsführung/Vertretung	1233
2.	Kontrollrechte	1236
II.	Finanzielle Sonderstellung	1236
III.	Mitgliedschaftliche Sonderstellung	1237
C.	Nachfolgegeneration	1238
I.	Beteiligung Minderjähriger	1238
1.	Einrücken in die Gesellschafterstellung	1238
a)	Vertretung bei Gründung und Beitritt	1238
b)	Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung des Gesellschaftsvertrags	1239
c)	Änderungen des Gesellschaftsvertrags	1240
d)	Sonstige Gesellschafterbeschlüsse	1240
e)	Gesellschaftsvertragsänderungen ohne Beschluss und Umwandlungsmaßnahmen	1241
f)	Eintragungspflichtige Tatsachen	1241
2.	Wahrnehmung der Gesellschafterrechte	1241

3. Haftungsbeschränkungen und Kündigungsmöglichkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres	1241
a) Haftungsbeschränkung	1242
b) Kündigungsmöglichkeiten	1242
c) Haftung nach § 15 HGB	1244
II. Steuerliche Anerkennung schenkweise eingeräumter Beteiligung an der Familiengesellschaft	1244
1. Zivilrechtlich wirksamer Gesellschaftsvertrag	1245
2. Einräumung einer Mitunternehmerstellung	1245
3. Klarheit und Eindeutigkeit der Regelung, tatsächlicher Vollzug	1249
III. Angemessene Beteiligung am Gewinn	1249
1. Schenkweise erhaltene Beteiligung	1250
2. Entgeltlicher Erwerb	1250
3. Bereits bestehende Beteiligung	1251
IV. Folgen der steuerlichen Nichtanerkennung	1251
1. Fehlende Mitunternehmerstellung	1251
2. Unangemessene Gewinnverteilung	1251
D. Familienstämme	1252
I. Organisationsrecht	1252
1. Geschäftsführung und Vertretung	1252
2. Corporate Governance	1252
3. Beirat	1253
4. Gesellschafterbeschlüsse	1254
II. Finanzielle Regelungen	1255
III. Mitgliedschaftliche Regelungen	1255
IV. Familiengruppen	1256

§ 17 Publikumspersonengesellschaften und Fonds

A. Einleitung	1259
I. Begriffe und Abgrenzung	1259
II. Wirtschaftliche Bedeutung	1260
B. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Publikumspersonen- gesellschaften	1264
I. Rechtsgrundlagen	1264
II. Rechtsform und Gründung von Publikumspersonengesellschaften	1266
1. GmbH & Co. KG	1267
2. Stille Gesellschaft	1268
3. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	1269
III. Beteiligungsform der Anleger	1271
1. Allgemein	1271
2. Treuhandvertrag	1273
IV. Beitritt von Anlegern	1274
1. Direkter Beitritt	1274
2. Beitritt durch Treuhänder	1275
V. Kündigung und Ausschließung	1275
1. Kündigungsrecht des Anlegers	1275
2. Ausschließungsrecht der Gesellschaft	1277
3. Rechtsfolgen des Ausscheidens	1277
VI. Inhaltskontrolle	1278
VII. Organe	1279
1. Geschäftsführung	1279
2. Gesellschafterversammlung	1280

3. Beirat	1281
VIII. Finanzierung der Gesellschaft	1283
1. Gesellschaftsrechtliche Einlage	1283
2. Gesellschafterdarlehen und stille Beteiligung	1283
3. Nachschusspflicht	1284
IX. Haftungsfragen	1284
1. Geschäftsführerhaftung	1284
2. Haftung von Beirat und Treuhänder	1285
3. Haftung des Anlegers	1285
4. Haftung der Gründungsgeschafter	1287
X. Insolvenz und Liquidation	1288
C. Regulierungsrechtliche Grundlagen der Fonds	1289
I. Rechtsgrundlagen	1289
II. Prospektplflicht	1290
III. Prospekthaftung i.e.S.	1292
1. Entwicklung	1292
2. Haftung des Prospektverantwortlichen	1293
3. Haftung des Prospektplflichtigen	1296
4. Haftung des Prospektverwenders	1297
IV. Vermögensanlagen-Informationsblatt/Wesentliche Anlegerinformationen	1299
1. Erstellungspflicht	1299
2. Haftung	1299
V. Besondere Bilanzierungs- und Offenlegungspflicht	1300
D. Besondere Besteuerungsfragen	1300
I. Ertragsteuerliche Behandlung	1300
1. Grundsatz: Besteuerung als Personengesellschaft	1300
2. Einkünftequalifikation	1300
3. Zurechnung der Einkünfte	1303
4. Konzeptionsbedingte Aufwendungen	1303
5. Kosten des Beitritts	1306
6. Abweichender Ergebnisverteilungsschlüssel	1307
7. Verlustverrechnungsbeschränkung § 15b EStG	1308
8. Verfahrensrechtliche Besonderheit: Hinzuziehung (§ 360 Abs. 3 AO)	1312
II. Umsatzsteuer	1312
§ 18 Immobilienpersonengesellschaften	
A. Grundlagen eines Immobilieninvestments über Personen-gesellschaften	1314
I. Flexibilität der Personengesellschaft für Immobilieninvestments	1314
II. Erscheinungsformen	1315
1. Gesellschaftsrechtlich verbundene Beteiligungen	1315
2. Kapitalistisch strukturierte Beteiligungen	1316
3. Andere indirekte Investitionsformen	1318
III. Unterschiedliche Ausgestaltungen von Immobilienpersonengesellschaften	1320
1. Inland	1320
2. Ausland	1322
IV. Motive für Immobilieninvestitionen über Personengesellschaften	1323
B. Steuerliche Aspekte bei Immobiliengesellschaften	1325
I. Vorbemerkung	1325
II. Grunderwerbsteuer	1325

1. Allgemeines, Anteilsveräußerung, Anteilsvereinigung	1325
2. Übertragungsvorgänge zwischen der Personengesellschaft und ihren Gesellschaftern	1329
3. Konzernklausel des § 6a GrEStG	1330
III. Gewerbesteuer	1330
1. Grundlagen	1330
2. Erweiterte Kürzung	1331
IV. Sonstige ertragsteuerrechtliche Aspekte	1333
1. Vorbemerkung	1333
2. Einbringungs- und Treuhandmodelle	1333
3. Übertragung der Immobilie auf eine vermögensverwaltende GmbH & Co. KG	1333
4. Übertragung der Immobilie auf eine GmbH & Co. KG im Wege des sog. „Treuhandmodells“	1335
C. Steuerrechtliche Besonderheiten bei Immobilieninvestitionen im Ausland über Personengesellschaften	1337
I. Einführung	1337
II. Besteuerungsverfahren	1337
III. Beendigung der Investition	1339

§ 19 Arbeitsgemeinschaft (ARGE)

A. Wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen	1343
I. Die Bedeutung der ARGE	1343
II. Die Typen der ARGE und ihre Rechtsformen	1344
1. Der Grundtyp	1344
a) Gesellschaft bürgerlichen Rechts „sui generis“	1345
b) Personenhandelsgesellschaft	1345
c) Weitere Rechtsformen	1346
d) Abgrenzung zum Konsortium	1346
aa) Einführung	1346
bb) Rechtsform und Erscheinungsformen	1347
cc) Vertragsinhalt und Leistungspflichten	1348
dd) Haftung	1348
ee) Geschäftsführung und Vertretung	1348
ff) Beschlussfassung	1349
2. Die Dach-ARGE und die Los-ARGE	1350
3. Die Bieter-Gemeinschaft	1351
4. Die Beihilfe-Gemeinschaft (Innen-ARGE)	1351
5. Die Dauer-ARGE (fortgesetzte ARGE)	1352
B. Die Gründung der ARGE	1352
I. Die Bietergemeinschaft als Vorbereitung der ARGE-Gründung	1352
1. Die Bietergemeinschaft als Vor-ARGE	1352
2. Probleme der Bietergemeinschaft	1354
a) Wettbewerbsverbot und Kartellrecht	1354
b) Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Treuepflicht	1355
II. Die Gründung der ARGE	1356
1. Der ARGE-Vertrag	1356
a) Inhalt des Vertrags	1356
b) Form des Vertrags	1357
c) Name der Gesellschaft	1357
2. Der faktische/fehlerhafte ARGE-Vertrag	1358

C. Das Innenverhältnis der ARGE	1358
I. Die Organe der ARGE und ihre Aufgaben	1358
1. Die Aufsichtsstelle (Gesellschafterversammlung)	1358
a) Aufgabe und Kompetenz	1358
b) Binnenorganisation und Entscheidungsfindung	1359
2. Die Geschäftsführungen	1360
a) Die technische Geschäftsführung	1360
b) Die kaufmännische Geschäftsführung	1361
c) Verhältnis der Geschäftsführer untereinander	1361
d) Vergütung für Sonderleistungen	1362
3. Die Bauleitung	1363
II. Die Rechte und die Pflichten der Gesellschafter	1364
1. Die Rechte der Gesellschafter	1364
2. Die Pflichten der Gesellschafter	1364
a) Geldmittel	1365
b) Personal, Stoffe und Geräte	1365
c) Folgen von Pflichtverstößen	1368
aa) Haftung	1368
bb) Sanktionen	1368
3. Rechtsfolgen der Umwandlung eines Gesellschafters	1370
D. Das Außenverhältnis der ARGE	1370
I. Die Vertretung	1371
1. Vertretungsmacht	1371
2. Wirksamkeit der Vertretung	1372
II. Die Haftung	1373
1. Grundsatz	1373
2. Möglichkeit der Haftungsbeschränkung	1374
E. Das Ende der ARGE	1374
I. Gründe für das Ende der ARGE	1375
II. Folgen der Beendigung	1375
F. Das Ausscheiden eines Gesellschafters	1376
I. Gründe für das Ausscheiden	1376
II. Folgen des Ausscheidens	1377
1. Weiterbestehen der ARGE	1377
2. Auseinandersetzung mit dem ausscheidenden Gesellschafter	1377
G. Das Steuerrecht der ARGE	1379
I. Einkommensteuer	1379
1. Die ARGE als Personengesellschaft iSv. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	1379
2. Bilanzierung/Gewinnrealisierung	1380
II. Gewerbesteuer	1381
III. Umsatzsteuer	1382
§ 20 Freiberufliche Personengesellschaften	
A. Überblick	1385
I. Begriff und Bedeutung der freiberuflichen Personengesellschaft	1385
II. Zusammenschlüsse von Freiberuflern	1388
1. Fördergemeinschaften	1388
2. Betriebsgemeinschaften/Organisationsgemeinschaften	1389
3. Berufsausübungsgemeinschaften	1390
B. Freiberufliche BGB-Gesellschaft und Partnerschaftsgesellschaft	1394
I. Organisationsordnung und Anwendungsbereich	1394

1.	Freiberufliche BGB-Gesellschaft	1394
a)	Außengesellschaft	1394
b)	Innengesellschaft	1395
c)	Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich	1396
2.	Partnerschaftsgesellschaft	1400
a)	Rechtsgrundlagen und Organisationsstruktur	1400
b)	Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich	1402
II.	Errichtung und Auftritt der Gesellschaft	1403
1.	Freiberufliche BGB-Gesellschaft	1403
a)	Entstehung der Gesellschaft	1403
b)	Gesellschaftsvertrag	1404
c)	Name der BGB-Außengesellschaft	1406
d)	Außenauftritt (Geschäftsbriefe, Schild)	1407
2.	Partnerschaftsgesellschaft	1408
a)	Entstehung der Gesellschaft	1408
b)	Partnerschaftsvertrag	1409
c)	Name der Partnerschaft	1412
d)	Anmeldung und Eintragung in das Partnerschaftsregister	1415
e)	Außenauftritt (Geschäftsbriefe, Schild)	1417
III.	Ausgewählte gesellschaftsrechtliche Bereiche	1418
1.	Geschäftsführung	1418
a)	Freiberufliche BGB-Gesellschaft	1418
b)	Partnerschaftsgesellschaft	1420
2.	Vertretung	1420
a)	Freiberufliche BGB-Gesellschaft	1420
b)	Partnerschaftsgesellschaft	1422
3.	Haftung der Gesellschafter	1423
a)	Freiberufliche BGB-Gesellschaft	1423
b)	Partnerschaftsgesellschaft	1427
c)	Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	1431
4.	Beitritt, Gesellschafterwechsel, Ausscheiden, Auflösung, Umwandlung	1434
a)	Freiberufliche BGB-Gesellschaft	1434
b)	Partnerschaftsgesellschaft	1436
C.	Besteuerung	1438
I.	Überblick	1438
1.	Ertragsteuern	1438
a)	Grundlagen	1438
b)	Berufsausübungsgemeinschaften	1441
c)	Betriebs- und Fördergemeinschaften	1445
2.	Umsatzsteuer	1449
II.	Freiberufliche Mitunternehmerschaften (Berufsausübungsgemeinschaften)	1452
1.	Mitunternehmerschaft mit Einkünften iSd. § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG	1452
a)	Maßgeblichkeit der Tätigkeit natürlicher Personen als Mitunternehmer	1452
b)	Angehörige freier Berufe als Mitunternehmer	1454
c)	Persönliche Entfaltung der freiberuflichen Tätigkeit durch Mitunternehmer	1456
d)	Keine gewerblichen Tätigkeiten der Mitunternehmerschaft	1459
2.	Gewinnermittlung durch Einnahmeüberschussrechnung	1462
a)	Wahlrecht zur Gewinnermittlungsmethode	1462
b)	Einnahmeüberschussrechnung nach § 4 Abs. 3 EStG	1466
c)	Übergangsgewinn/-verlust	1468

3. Gründung, Erweiterung, Gesellschafterwechsel und Ausscheiden	1469
a) Problem der ungewollten Besteuerung stiller Reserven	1469
b) Unentgeltliche Übertragung	1470
c) Entgeltliches Ausscheiden/Entgeltlicher Gesellschafterwechsel	1470
d) Übertragungen gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	1471
e) Formwechsel	1476
f) Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	1476

§ 21 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)

A. Rechtsgrundlagen	1483
I. Einleitung	1483
II. Anwendbare Rechtsvorschriften	1484
1. Das Gesellschaftsrecht der Vor-(Gründungs-) Gesellschaft	1484
a) Vor-Gründungs-EWIV	1484
b) Vor-EWIV	1485
2. Das Gesellschaftsrecht der eingetragenen Gesellschaft	1485
3. Übrige Rechtsgebiete	1486
III. Zulässigkeit der EWIV	1486
B. Gründungsvoraussetzungen	1487
I. Abschluss eines Gesellschaftsvertrages	1487
1. Gestaltungsfreiheit	1487
2. Schriftform	1487
3. Mindestinhalt	1488
a) Name der Gesellschaft	1488
b) Sitz der EWIV	1488
c) Unternehmensgegenstand	1488
d) Angaben über die Gesellschafter	1488
e) Dauer der EWIV	1489
II. Eintragung in das Handelsregister	1489
C. Innen- und Außenverhältnis	1490
I. Innenverhältnis	1490
1. Voraussetzungen für die Gesellschafterstellung	1490
2. Rechte der Gesellschafter	1491
a) Gestaltungsfreiheit	1491
b) Stimmrechte	1492
c) Informationsrechte	1493
d) Vermögensrechte	1493
3. Pflichten der Gesellschafter	1494
a) Beitragspflicht	1494
b) Treue- und Mitwirkungspflicht	1495
c) Verlustbeteiligung und Leistungspflicht nach Ausscheiden	1495
d) Haftungsfragen	1495
4. Änderungen im Gesellschafterbestand	1496
a) Ausscheiden	1496
b) Eintritt	1497
c) Abtretung und Verpfändung	1497
II. Außenverhältnis	1498
1. Vertretung der EWIV	1498
2. Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer	1498
3. Rechte und Pflichten der Geschäftsführer	1500
4. Sitzverlegung	1500
5. Zweigniederlassungen	1501

D. Nichtigkeit, Auflösung, Abwicklung, Insolvenz und Umwandlung der EWIV	1502
I. Nichtigkeit	1502
II. Auflösung, Abwicklung	1502
III. Insolvenz	1504
IV. Umwandlung	1504
E. Steuern	1505
I. Allgemeines	1505
II. Einkommensteuer	1505
1. Voraussetzungen für die Steuerbarkeit	1505
a) Beteiligung am allgemeinen Wirtschaftsverkehr	1506
b) Gewinnerzielungsabsicht	1506
2. Einkunftsart	1507
3. Ergebnisfeststellung	1508
III. Gewerbesteuer	1508
IV. Umsatzsteuer	1508
1. Die EWIV als umsatzsteuerliches Unternehmen	1509
2. Leistung gegen Entgelt	1509

§ 22 Pool/Konsortium

A. Praktische Bedeutung und Erscheinungsformen	1513
I. Praktische Bedeutung	1513
II. Rechtsform	1513
III. Abgrenzung	1514
B. Pool	1515
I. Stimmrechtspool	1515
1. Begriff	1515
2. Zulässigkeit	1516
3. Inhalt des Gesellschaftsvertrages	1516
a) Poolgesellschafter, Beteiligungsunternehmen und betroffene Anteile	1517
b) Zweck	1518
c) Poolung von Stimmrechten	1518
d) Einberufung der Poolversammlung, Beschlussfassung	1520
e) Berücksichtigung der Mehrheitserfordernisse im Beteiligungsunternehmen	1521
f) Bindung von Einzelrechtsnachfolgern	1522
g) Bindung von Erben	1523
h) Vertragsstrafe	1524
II. Sicherheitenpool	1525
1. Begriff	1525
a) Krisengeborener Sicherheitenpool	1525
b) Krisenunabhängiger Sicherheitenpool	1527
2. Zulässigkeit	1527
3. Inhalt des Vertrages	1527
a) Poolgesellschafter	1528
b) Zweck	1528
c) Übertragung von Sicherungsrechten	1528
d) Öffnungs- und Freigabeklausel	1529
e) Teilungsklausel	1529
f) Poolvorsitzender	1530
g) Poolbeirat	1530

h) Poolversammlung	1531
III. Weitere Poolformen	1531
C. Konsortium	1531
I. Emissionskonsortium	1532
1. Begriff	1532
2. Inhalt des Vertrages	1533
a) Konsorten	1534
b) Zweck	1534
c) Beitragspflichten	1534
d) Geschäftsführung und Vertretung; Konsortialführung	1537
e) Haftung	1538
f) Ausschluss und Ausscheiden	1540
II. Kreditkonsortium	1540
1. Begriff	1540
a) Echten Kreditkonsortium	1540
b) Unechtes Kreditkonsortium	1541
2. Inhalt des Vertrages	1541
a) Konsorten	1542
b) Zweck	1542
c) Beitragspflichten	1542
d) Interne Organisation	1543
e) Saldenausgleichsklausel	1543
f) Teilungsklausel	1543
g) Abtretung von Darlehensrückzahlungsansprüchen	1544
D. Kombinationen von Pool und Konsortium	1544
E. Steuerliche Behandlung von Pool und Konsortium	1545
 § 23 Joint Ventures	
A. Grundlagen	1549
I. Begriff	1549
II. Motive für die Gründung	1550
III. Arten von Joint Ventures	1550
1. Equity und Contractual Joint Ventures	1550
2. Joint Venture als Betriebsstätte	1553
3. Horizontale und vertikale Joint Ventures	1554
IV. Kartellrecht	1554
1. Deutsches Kartellrecht	1555
a) Verhältnis von Kartellverbot zu Fusionskontrolle	1555
b) § 1 GWB	1555
c) Fusionskontrolle (§§ 35 ff. GWB)	1556
aa) Anmeldepflicht	1556
bb) Verfahren	1556
cc) Materielle Fusionskontrolle	1556
dd) Anzeigepflicht	1557
2. EG-Kartellrecht	1557
a) Fusionskontrollverordnung (FKVO)	1557
aa) Gemeinsame Kontrolle	1557
bb) Vollfunktionsunternehmen	1558
cc) Umsatzkriterium	1559
dd) Untersagung	1559
b) Beurteilung nach Art. 81 EG	1559

§ 24 Betriebsaufspaltung

V.	Konzernrecht	1560
1.	Mehrmütterherrschaft	1560
2.	Vertragskonzern	1560
3.	Haftung der Joint Venture-Partner für die Verbindlichkeiten des Gemeinschaftsunternehmens	1561
a)	Durchgriffshaftung	1561
b)	Nachteilsausgleich im faktischen Konzern	1561
c)	Verlusttausgleich bei existenzvernichtendem Eingriff	1561
d)	Vertragskonzern	1562
4.	Internationaler Anwendungsbereich	1562
B.	Struktur eines Joint Venture	1563
I.	Joint Venture-Vertrag	1563
1.	Einführung	1563
2.	Form/Bestimmtheit	1564
II.	Gemeinschaftsunternehmen	1565
1.	Kapitalgesellschaften	1565
2.	Joint Venture mit operativer Personengesellschaft	1566
a)	Zivilrechtliche Vorteile	1566
b)	Steuerliche Vorteile	1566
3.	GmbH & Still	1567
III.	Leistungsverträge	1567
C.	Joint Venture-Vertrag	1568
I.	Gegenstand/Ziele	1568
II.	Regelungen der Vorgründungsphase	1568
III.	Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit	1569
IV.	Finanzierung	1569
V.	Pflichten der Joint Venture-Partner	1570
1.	Geheimhaltungspflicht	1570
2.	Stimmbindungsvereinbarungen	1570
3.	Verwertung von Erfolgen	1571
VI.	Vertragsdauer/Kündigung	1571
VII.	Rechtswahl und Schiedsgerichtsklausel	1572
VIII.	Regelungen zur Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	1572
1.	Gesellschaftsform und Sitz	1573
2.	Kapitalbeteiligungen; Nachschusspflichten	1574
3.	Nebenleistungspflichten	1574
4.	Organe des Gemeinschaftsunternehmens/Besetzung	1575
5.	Willensbildung	1575
a)	Einstimmigkeit, Mehrheitsprinzip	1575
b)	Lösung von Pattsituationen	1576
6.	Wettbewerbsverbot	1577
7.	Gesellschafterwechsel	1578
8.	Gewinnverteilung	1578
9.	Kündigung/Liquidation	1579
IX.	Verhältnis von Joint Venture-Vertrag zur Satzung des Gemeinschaftsunternehmens	1580

§ 24 Betriebsaufspaltung

A.	Grundlagen	1584
I.	Begriffsbestimmung	1584
II.	Rechtsgrundlagen	1584
III.	Erscheinungsformen der Betriebsaufspaltung	1585

1. Unterscheidung nach der Art der Entstehung und der Verteilung der betrieblichen Funktionen	1585
2. Unterscheidung nach der Rechtsform der beteiligten Unternehmen	1586
3. Unterscheidung nach dem Umfang des der Betriebsgesellschaft überlassenen Vermögens	1586
4. Unterscheidung nach der Art der personellen Verflechtung	1587
B. Wirtschaftliche und steuerliche Bedeutung der Betriebsaufspaltung	1587
I. Wirtschaftliche Motive für die Betriebsaufspaltung	1587
1. Haftungsbeschränkung	1587
2. Sicherung der Unternehmenskontinuität im Familienverbund	1590
3. Betriebsverfassungs- und mitbestimmungsrechtliche Aspekte	1590
4. Prüfungs- und Publizitätspflichten	1591
II. Steuerliche Aspekte	1591
C. Begründung der Betriebsaufspaltung	1593
I. Steuerliche Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung	1593
1. Personelle Verflechtung	1593
2. Sachliche Verflechtung	1598
3. Merkmale eines Gewerbetreibens	1601
II. Bewusste Begründung der Betriebsaufspaltung	1602
1. Zivilrechtliche Grundlagen	1602
a) Spaltung des bisherigen Einheitsunternehmens	1602
b) Pacht- und Betriebsüberlassungsvertrag	1604
c) Sonstige Verträge	1606
2. Steuerliche Aspekte des Spaltungs vorgangs	1606
a) Gewinnrealisierung bei der Übertragung von Wirtschaftsgütern	1606
b) Behandlung des Geschäfts- oder Firmenwertes	1609
c) Verbleibende Gestaltungsmöglichkeiten	1610
III. Rückwirkung/Nachträgliche Erfassung der Betriebsaufspaltung	1612
1. Rückwirkende Errichtung der Betriebsaufspaltung	1612
2. Nachträgliche Erfassung der Betriebsaufspaltung	1612
IV. Besonderheiten	1613
1. Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	1613
2. Mehrere Besitz- bzw. Betriebsunternehmen	1615
D. Laufende Besteuerung der Betriebsaufspaltung	1616
I. Besteuerung des Besitzunternehmens	1616
1. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer	1616
a) Gewerbliche Einkünfte	1616
b) Buchführungspflicht und Gewinnermittlungszeitraum	1617
c) Umfang des Betriebsvermögens	1618
2. Gewerbesteuer	1622
3. Umsatzsteuer	1624
II. Die Besteuerung des Betriebsunternehmens	1625
1. Körperschaftsteuer	1625
2. Gewerbesteuer	1631
III. Besonderheiten bei Investitionszulagen	1631
E. Betriebsaufspaltung über die Grenze	1632
F. Beendigung der Betriebsaufspaltung	1634
I. Wegfall der tatbestandlichen Voraussetzungen	1634
1. Rechtsfolgen der Beendigung der Betriebsaufspaltung	1634
2. Wegfall der personellen Verflechtung	1636
3. Wegfall der sachlichen Verflechtung	1639

II.	Umwandlungen	1640
1.	Verschmelzung der Betriebskapitalgesellschaft auf die Besitzpersonengesellschaft	1640
2.	Einbringung der Besitzgesellschaft in die Betriebsgesellschaft	1641
3.	Verschmelzung und Einbringung in eine Drittgesellschaft	1642
G.	Gestaltungsmöglichkeiten	1642
I.	Strategien zur Vermeidung gewerblicher Einkünfte des Nur-Besitzgesellschafters	1642
II.	Strategien zur Vermeidung einer ungewollten Beendigung der Betriebsaufspaltung	1643
§ 25 Besonderheiten von Verlusten bei Personengesellschaften		
A.	Einkommen- und gewerbesteuerlicher Verlust – Übersicht	1646
B.	Einkommen- und Körperschaftsteuer	1646
I.	Unmittelbare Verlustzurechnung beim Gesellschafter	1646
II.	Beschränkungen durch § 15a EStG	1647
1.	Grund und Übersicht	1647
2.	Verlustausgleich	1649
3.	Verrechenbare Verluste	1654
4.	Besonderheiten bei doppelstöckigen Personengesellschaften	1656
III.	Beschränkungen durch § 15b EStG	1657
IV.	Beschränkungen bei der stillen Gesellschaft und Unterbeteiligung durch § 15 Abs. 4 S. 6 ff. EStG	1658
C.	Gewerbesteuer	1660
I.	Mitunternehmerschaft und gewerbesteuerliche Verluste	1661
1.	Gewerbliche Tätigkeit und gewerbliche Prägung	1661
2.	Beginn des Gewerbebetriebs und Anlaufverluste	1661
3.	Verlustvortrag	1663
II.	Unternehmensidentität und Unternehmeridentität als Voraussetzungen der Verlustnutzung	1664
1.	Unternehmensidentität	1664
2.	Unternehmeridentität	1666
a)	Durchgehende Mitunternehmerherstellung bis zur Verlustnutzung	1666
b)	Unternehmeridentität bei doppelstöckigen Personengesellschaften	1667
3.	Rechtsfolge – Verlustnutzung aufgrund allgemeinen Gewinn- und Verteilungsschlüssels	1667
4.	Beendigung der gewerblichen Betätigung- Definitivverluste	1669
III.	Entsprechende Anwendung des § 8c KStG	1670
D.	Verlustnutzung durch Organschaft	1672
E.	Verluste bei Umwandlungen	1674
F.	Ausländische Betriebsstättenverluste	1677
§ 26 Unternehmenskauf/Unternehmensverkauf		
A.	Einleitung	1683
I.	Interessenlage der Parteien	1683
II.	Share Deal vs. Asset Deal	1685
B.	Handels- und gesellschaftsrechtliche Grundlagen	1687
I.	Rechtliche Einordnung des Unternehmenskaufvertrages	1687

II.	Besondere Form des Unternehmenskaufs	1687
1.	Management Buy-Out	1687
2.	Leveraged Buy-Out	1688
III.	Due Diligence	1689
1.	Bedeutung und Aufgaben	1689
2.	Arten von Due Diligence-Überprüfungen	1690
3.	Umfang einer Due Diligence	1691
4.	Rechtliche Aspekte der Due Diligence	1691
IV.	Letter of Intent	1692
V.	Formvorschriften	1694
1.	Asset Deal	1694
2.	Share Deal	1694
VI.	Mitveräußerungsrechte und Zustimmungsvorbehalte	1695
1.	Zustimmungsvorbehalte und Verfügungsbeschränkungen	1695
a)	Asset Deal	1695
b)	Share Deal	1697
2.	Mitveräußerungsrechte	1697
VII.	Garantien und Gewährleistungen	1698
1.	Stichtage	1698
2.	Gesetzliche Haftung des Erwerbers	1698
a)	Asset Deal	1698
b)	Share Deal	1699
3.	Gesetzliche Haftung des Veräußerers	1700
a)	Asset Deal	1700
b)	Share Deal	1701
4.	Sachmängelhaftung	1701
5.	Rechtsmängelhaftung	1702
6.	Sonstige gesetzliche Haftung	1702
VIII.	Sonstiges	1703
1.	Arbeitsrecht	1703
2.	Kartellrecht	1703
C.	Handelsbilanzielle und steuerrechtliche Erwägungen	1705
I.	Handelsbilanzielle Fragestellungen	1705
1.	Asset Deal	1705
2.	Share Deal	1705
II.	Steuerliche Fragestellungen	1706
1.	Ertragsteuern	1706
a)	Konsequenzen beim Veräußerer	1706
b)	Konsequenzen beim Erwerber	1707
c)	Steuerliche Konsequenzen bei der Zielpersonengesellschaft	1709
2.	Verkehrsteuern	1709
a)	Umsatzsteuer	1709
b)	Grunderwerbsteuer	1711
D.	Regelungen im Unternehmenskaufvertrag	1713
I.	Vertragsgegenstand	1713
1.	Asset Deal	1713
2.	Share Deal	1714
II.	Kaufpreisanpassungsregelungen	1714
III.	Garantien	1715
IV.	Freistellung/Schadensersatz	1716
V.	Steuerliche Regelungen	1716
1.	Steuerfreistellung des Verkäufers	1716

2. Steuergarantien	1718
3. Verhältnis zu allgemeinen Haftungsbeschränkungen	1719
4. Mitwirkungsrechte des Verkäufers bei Steuerverfahren	1720
VI. Sonstige Regelungen	1720
1. Wettbewerbsverbot	1720
2. Schiedsgutachterklausel und Schiedsklausel	1722
a) Vereinbarung eines Schiedsgutachtens	1722
b) Vereinbarung eines Schiedsgerichts	1722
§ 27 Personengesellschaft im Konzern	
A. Überblick	1727
I. Erscheinungsformen	1727
II. Rechtsquellen	1728
III. Grundlagen	1729
1. Verbundene Unternehmen, §§ 15 ff. AktG	1729
2. Mehrheitsbeteiligung, § 16 AktG	1730
3. Abhängige Unternehmen, § 17 AktG	1730
4. Konzern, § 18 AktG	1731
5. Wechselseitige Beteiligungen, § 19 AktG	1731
6. Unternehmensverträge, §§ 291, 292 AktG	1732
IV. Zulässigkeit von Abhängigkeit und Konzernierung einer Personengesellschaft	1732
B. Die Personengesellschaft als beherrschte Gesellschaft	1733
I. Kategorien	1733
II. Die abhängige Personengesellschaft	1734
1. Wege in die Abhängigkeit	1734
2. Minderheitenschutz	1736
a) Rechtsgrundlage	1736
b) Treuepflicht	1736
c) Mitwirkungsrechte	1737
d) Informationsrechte	1738
e) Haftungsmaßstab	1739
f) Mittelbare Beherrschung	1739
g) Abhängigkeit gegenüber einem herrschenden Kommanditisten	1740
3. Gläubigerschutz	1740
III. Die konzernierte Personengesellschaft	1742
1. Wege in die Konzernierung	1742
2. Rechtsfolgen der Konzernierung	1743
a) Leitungsmacht	1743
b) Verlustübernahme	1744
3. Vertragskonzern	1745
4. Minderheitenschutz	1746
5. Gläubigerschutz	1746
C. Die Personengesellschaft als gleichgeordnete Gesellschaft	1747
D. Die Personengesellschaft als herrschende Gesellschaft	1748
I. Problembeschreibung	1748
II. Rechtsgrundlagen	1749
III. Mitwirkungsrechte	1750
IV. Informationsrechte	1751
1. Das Einsichtsrecht	1752
2. Das Auskunftsrecht	1753

E. Die steuerliche Organschaft bei Personengesellschaften	1753
I. Vorbemerkungen	1753
II. Die körperschaftsteuerliche Organschaft	1754
1. Bedeutung	1754
2. Voraussetzungen	1755
a) Die Organgesellschaft	1755
b) Der Organträger	1755
c) Finanzielle Eingliederung	1757
d) Zeitliche Voraussetzungen	1758
e) Der Gewinnabführungsvertrag	1758
3. Rechtsfolgen	1759
III. Die gewerbesteuerliche Organschaft	1760
1. Bedeutung	1760
2. Voraussetzungen	1761
a) Die Organgesellschaft	1761
b) Der Organträger	1761
c) Eingliederung der Organgesellschaft und Gewinnabführungsvertrag	1761
3. Rechtsfolgen	1762
IV. Die umsatzsteuerliche Organschaft	1763
1. Bedeutung	1763
2. Voraussetzungen	1764
a) Die Organgesellschaft	1764
b) Der Organträger	1764
c) Eingliederungsvoraussetzungen	1765
3. Rechtsfolgen	1767
V. Die grunderwerbsteuerliche Organschaft	1768
1. Bedeutung	1768
2. Voraussetzungen	1769
3. Rechtsfolgen	1770

§ 28 Personengesellschaften im internationalen Gesellschaftsrecht

A. Einführung	1772
B. Grenzüberschreitende Gesellschaften	1774
I. Rechtsfähigkeit grenzüberschreitender Gesellschaften	1776
1. Begriff der Rechtsfähigkeit	1776
2. Allgemeine Rechtsfähigkeit	1777
a) Fall 1: Gründung einer Gesellschaft nach ausländischem Recht und Verlegung ihres Verwaltungssitzes nach Deutschland (Zuzugsfall)	1779
aa) Zuzug aus Drittstaat ohne staatsvertragliche Sonderanknüpfung (Unterfall 1)	1779
bb) Zuzug aus einem Mitgliedstaat der EU (Unterfall 2)	1782
cc) Zuzug aus einem EFTA-Staat (Unterfall 3)	1786
dd) Zuzug aus einem Drittstaat bei Bestehen einer staatsvertraglichen Sonderanknüpfung (Unterfall 4)	1787
ee) Zuzug aus den Vereinigten Staaten von Amerika (Unterfall 5) .	1788
ff) Änderungen infolge des Gesetzesentwurfes zum Internationalen Privatrecht der Gesellschaften, Vereine und juristischen Personen vom 7.1.2008	1789
b) Fall 2: Verlegung des Verwaltungssitzes einer nach deutschem Recht gegründeten Gesellschaft ins Ausland (Wegzugsfall)	1791

c) Fall 3: Statutarischer Sitz und tatsächlicher Verwaltungssitz in verschiedenen ausländischen Staaten	1799
II. Besondere Rechtsfähigkeiten grenzüberschreitender Gesellschaften	1801
1. Beteiligungsfähigkeit	1802
2. Hybride Gesellschaftsformen	1804
3. Scheck- und Wechselfähigkeit	1806
4. Grundbuchfähigkeit	1807
III. Partei- und Prozessfähigkeit	1807
1. Parteifähigkeit	1807
2. Prozessfähigkeit	1808
IV. Deliktsfähigkeit	1808
V. Insolvenzfähigkeit	1811
C. Besonderheiten bei der Ltd. & Co. KG als hybride Rechtsform	1813
I. Allgemeines	1813
II. Errichtung einer Ltd. & Co. KG	1814
III. Geschäftsführungsbefugnis und Vertretung gegenüber Dritten	1817
IV. Haftungsverfassung der Ltd. & Co. KG	1818
V. Mitbestimmung	1821
VI. Rechnungslegung und Besteuerung	1821
VII. Auflösung und Beendigung	1822

§ 29 Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht

A. Einführung	1825
B. Die Besteuerung der Personengesellschaften mit Auslandsbezug	1827
I. Überblick	1827
II. Die Qualifikationsproblematik	1828
1. Steuersubjektqualifikation	1828
a) Nationales Recht	1829
b) Abkommensrecht	1829
2. Steuerobjektqualifikation	1831
a) Nationales Recht	1831
b) Abkommensrecht	1833
III. Die inländische Personengesellschaft mit inländischen Gesellschaftern und ausländischen Einkünften	1835
1. Besteuerungskonzepte	1835
2. Laufende Besteuerung	1836
a) Ausländische Betriebsstätteneinkünfte	1836
aa) Gewinne	1836
bb) Verluste	1839
b) Ausländische Zinseinkünfte	1845
c) Ausländische Dividendeneinkünfte	1846
d) Sonderbetriebseinkünfte	1847
3. Aperiodische Besteuerung	1848
a) Anteilsveräußerung	1848
b) Unentgeltliche Anteilsübertragung	1849
IV. Die inländische Personengesellschaft mit ausländischen Gesellschaftern und inländischen und/oder ausländischen Einkünften	1851
1. Besteuerungskonzepte	1851
2. Laufende Besteuerung	1852
a) Inländische Betriebsstätteneinkünfte	1852
aa) Gewinne	1852
bb) Verluste	1854

b)	Inländische Zins- und Dividendeneinkünfte	1854
c)	Betriebsstätteneinkünfte aus dem ausländischen Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters	1855
d)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus dem ausländischen Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters	1856
e)	Betriebsstätteneinkünfte aus Drittstaaten	1856
f)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus Drittstaaten	1857
g)	Sonderbetriebseinkünfte	1857
3.	Aperiodische Besteuerung	1860
a)	Anteilsveräußerung	1860
b)	Unentgeltliche Anteilsübertragung	1862
V.	Die ausländische Personengesellschaft mit inländischen Gesellschaftern und inländischen und/oder ausländischen Einkünften	1864
1.	Besteuerungskonzepte	1864
2.	Laufende Besteuerung	1869
a)	Betriebsstätteneinkünfte aus dem ausländischen Sitzstaat der Gesellschaft	1870
aa)	Gewinne	1870
bb)	Verluste	1873
b)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus dem ausländischen Sitzstaat der Gesellschaft	1874
c)	Inländische Betriebsstätteneinkünfte	1876
d)	Inländische Zins- und Dividendeneinkünfte	1877
e)	Betriebsstätteneinkünfte aus Drittstaaten	1879
f)	Zins- und Dividendeneinkünfte aus Drittstaaten	1879
g)	Sonderbetriebseinkünfte	1880
3.	Aperiodische Besteuerung	1881
a)	Anteilsveräußerung	1881
b)	Unentgeltliche Anteilsübertragung	1883
C.	Steuergestaltung bei Personengesellschaften mit Auslandsbezug	1884
I.	Kernbereiche der internationalen Steuerplanung	1884
II.	Rechtsformwahl	1884
1.	Grundsätze	1884
2.	Outbound-Investitionen	1885
a)	Determinanten der Steuerbelastung	1885
b)	Unternehmensgründung und -erwerb	1887
c)	Laufende Gewinnbesteuerung	1889
d)	Verluste	1893
e)	Gesellschafterfremdfinanzierung	1893
f)	Unternehmensverkauf	1894
g)	Erbschaftsteuerliche Aspekte	1895
3.	Inbound-Investitionen	1896
a)	Determinanten der Steuerbelastung	1896
b)	Unternehmensgründung und -erwerb	1898
c)	Laufende Gewinnbesteuerung	1899
d)	Gesellschafterfremdfinanzierung	1900
e)	Unternehmensverkauf	1900
f)	Verluste	1900
g)	Erbschaftsteuerliche Aspekte	1901
III.	Nutzung und Vermeidung von Qualifikationskonflikten	1902
1.	Die Personengesellschaft als Instrument zur Nutzung von Qualifikationskonflikten im Allgemeinen	1902
2.	Die stille Gesellschaft im Besonderen	1903